

Die Mitgliederversammlung 1977 des Grenzfriedensbundes

Sonnabend, 7. Mai, 10 Uhr, in Husum, Handwerkervereinshaus, Süderstraße

1. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden
2. Grußworte der Gäste
3. Berichte des Vorstandes
4. Bericht der Revisoren und Entlastung des Vorstandes
5. Abschiedsworte des bisherigen Vorsitzenden
6. Bestellung eines Wahlleiters
7. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren
8. Schlußworte des neuen Vorsitzenden

13 Uhr: Gemeinsames Mittagessen

SITZ DER GESCHÄFTSSTELLE

Unsere Geschäftsstelle in Husum ist von der Theodor-Storm-Straße 9 nach Osterende 46 verlegt worden. Der Fernsprechananschluß (0 48 41) 24 23 bleibt bestehen. Außerhalb der Geschäftszeit ist der Geschäftsführer Harms unter (0 48 41) 49 02 fernmündlich zu erreichen.

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Hartwig Schlegelberger</i> Die deutschen Grenzverbände - Kompaßnadeln in der Region	35
<i>Joachim Oertel</i> Heimat – ein Begriff im Wandel der Zeit	42
<i>Harry Faulk</i> Minderheiten – immer aktuell	51
<i>Svend Age Hansen</i> Der Plan zur Gründung des „Instituts for Grænseregionsforskning“	33
<i>Erik Jessen</i> Das Ziel: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	34
<i>Troels Fink</i> Die schleswigschen Grenzregionen.....	36

NEUE SCHLESWIGISCHE LITERATURBRIEFE

<i>Hans Peter Johannsen</i> Ein Brief an Willy August Linnemann.....	42
Umschau ab Seite 46	

HENRY FAULK ist gebürtiger Schotte und wohnt als pensionierter Oberstudienrat (mit den früheren Lehrfächern Deutsch und Französisch) in Glasgow-Giffnock. Im Zweiten Weltkrieg wurde er im Rang eines Obersten dem Foreign Office überstellt und mit der Rückeroberung der deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien beauftragt. Auf Wunsch des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland schrieb er den auf Großbritannien bezogenen Dokumentationsband XI/2 „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges“ (783 Seiten, Leinen, Verlag

Ernst und Werner Gieseking, Bielefeld). Die mit Rücksicht auf kommunistische Empfindlichkeit lange unter Verschluss gehaltene Reihe ist jetzt freigegeben. Henry Faulk schrieb die Geschichte der Re-education als sozialpsychologische Studie. Sie hat weitreichenden Wert im Gesamtbereich der Psychologie, doch auch als Orientierungshilfe z. B. für eine völkische Minderheit. Henry Faulk verfaßte dieses Standardwerk gleich in deutscher Sprache. Erst Jahre später übersetzte er es ins Englische; die englische Ausgabe steht bevor.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Verkauf nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.
V 3339 F 2,— DM, V 3340 F 1— DM jährl.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Osterende 46, 2250 Husum

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

INTEGRATION BEI WAHRUNG DER EIGENEN IDENTITÄT

Die politische Linie der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig hat sich als richtig erwiesen. Das nationale Gegeneinander änderte sich langsam in ein gegenseitig akzeptiertes Miteinander. Die Minderheitenerklärungen aus dem Jahre 1955 haben zu dem heute so entspannten Verhältnis wesentlich beigetragen. Die deutsche Volksgruppe hat sich nicht ab gekapselt und ist nicht den Weg der Isolierung gegangen. Nein, sie hat sich geöffnet unter dem Motto: Integration bei Wahrung der eigenen Identität. Ein Weg, der nicht ohne Gefahren ist. Aber der einzige Weg, den ein Mensch gehen kann, der frei und unabhängig ist.

Frei und unabhängig ist nur der, der einen festen und sicheren Standpunkt hat. Diesen zu erhalten und zu festigen, der in der deutschen Sprache und Kultur verankert ist, sind wir gemeinsam auf beiden Seiten der Grenze verpflichtet. Wir freuen uns heute darüber, daß der Staat das Vorhandensein der Minderheiten akzeptiert hat und daß der Staat die Grundlagen für den Modellfall einer echten Kooperation geschaffen hat. Ich meine, daß wir alle, Staat, Volk und Minderheiten, weiterhin diese Bekundung staatlichen Willens im Grenzland dadurch honorieren müssen, daß wir de facto und sichtbar als Deutsche mit dänischem Paß und als Dänen mit deutschem Paß ein ganz normales Leben als Bürger unserer Staaten führen sollten. Honoriert die Bevölkerung in diesem Sinne die Bestrebungen des Staates, werden die Minderheiten sich weiter frei entfalten können. Auf der anderen Seite dürfen die Staaten ihr Werk nicht als vollendet ansehen. Es gibt aus heutiger Sicht auf dem Gebiet der parlamentarischen Vertretung einer nationalen Minderheit noch einiges zu überlegen, wie auch auf dem Gebiet der finanziellen Förderung der Minderheiten sicher noch einiges aus rein prinzipiellen Erwägungen getan werden könnte und auch getan werden muß. Darüber sollte und könnte gesprochen werden auf dem Hintergrund und zur Erhaltung der guten Kooperation

an der Grenze.

Nur in diesem Sinne der Völkerverständigung wird es gelingen, die Einheit Europas herbeizuführen.

Unsere gemeinsame Heimat, das schleswigsche Grenzland, hat den Weg für Europa vorgelebt. Die Opfer und Nöte des vergangenen Jahrhunderts waren nicht vergeblich, wenn wir bereit sind, aus der Geschichte zu lernen.

Im deutsch-dänischen Grenzland gehen die geistigen Auseinandersetzungen bei Wahrung des gegenseitigen Respekts weiter und werden auch in Zukunft weiter gehen.

GERHARD SCHMIDT

der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger in seiner Ansprache aus Anlaß des diesjährigen Gedenkmarsches nach Oeversee am 6. Februar.

Die deutschen Grenzverbände - Kompaßnadeln in der Region

Nationale Grenzverbände — deutsche und dänische — gibt es seit nahezu hundert Jahren in der Region Schleswig. Sie haben unter wechselnden Formen einen wesentlichen Beitrag zum politisch-kulturellen Leben geleistet und oft prägende Kräfte entwickelt. In dem folgenden Beitrag, den uns der Vorsitzende des Deutschen Grenzvereins, Landesminister a. D. Dr. H. Schlegelberger, freundlichst zur Verfügung stellte, analysiert der Verfasser gemeinsame Ausgangspunkte der vier deutschen Grenzverbände, des Deutschen Grenzvereins, des Grenzfriedensbundes, der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig und des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes in heutiger Zeit. Wir freuen uns, diese Gedanken, über die Dr. Schlegelberger auf dem letzten Deutschen Tag in Apenrade referierte, den Lesern unserer Zeitschrift vermitteln zu können, lassen sie doch erkennen, daß die Arbeit von Grenzverbänden aus dem Alltag des Grenzlandes nicht wegzudenken ist.

Der Deutsche Tag 1976 stand unter dem Leitwort „Identität und Integration“. Die Frage nach der Integration ist höchst zeitgemäß. Sie ist zwar im gewissen Sinne modisch artikuliert, aber sie hat einen sehr substantiellen geistigen Hintergrund. Wir stellen uns die Frage für uns selbst, für die Gruppe und den Verein, in dem wir wirken, für unseren Staat, für unser Volk:

Wer sind wir, was tun wir und wem nützen wir?

Vor uns liegt viel Nebel, der uns die Standortfixierung erschwert. In der Tat ist es so, daß wir uns in Formen und in Phraseologien bewegen, die nicht nur nichts verdeutlichen, sondern auch nicht mehr der Zeit entsprechen. Sie sind gleichsam ohne tragenden Grund, ohne Bindung und Verbindung miteinander, sie schwirren isoliert umher, zum Überleben verdammt, und zugleich hindern sie uns, sie zu überleben. So hat es jedenfalls den Anschein, vielleicht aber wird auch dieser Anschein nur bewirkt und genährt.

Wir müssen nüchtern feststellen, daß trotz besserer Forschungsmöglichkeiten, trotz aller unserer täglichen Bekenntnisse zum rationalen Menschen emotionale Geschichtsklischees uns in eine bestimmte Vorstellungswelt zwingen, ohne daß wir prüfen, ob trotz heutiger Erfahrung und trotz der Chance der größeren Zeitdistanz sie überhaupt in den Fakten oder, was gleich wichtig ist, in ihren Bewertungen noch stimmen. Es ist typisch für eine solche Epoche, die ohne geformte geistige Substanz ist, daß sie mit der Hilfskonstruktion von Begriffen arbeitet, die scheinbar alles erklären, tatsächlich aber alles vernebeln, und die es dem einzelnen wie der Gesamtheit schwer, ich möchte sagen, fast unmöglich

machen, einen eigenen festen Standpunkt zu gewinnen. Schlüsselworte bestimmen, ja sie beherrschen diktatorisch unser Leben. Hierfür zwei aktuelle Beispiele:

Frieden und Europa. Wer wollte nicht für Frieden sein, wer würde es wagen, sich einem Friedensprogramm zu widersetzen? Aber niemand weiß, was Frieden bedeutet und welchen eigentlichen Inhalt dieses Schlüsselwort bezeichnet. Ein gefährliches Etikett! In der jüngsten Gouverneurssitzung des Internationalen Roten Kreuzes, in der alle Staaten der Welt vertreten sind, vergleichbar der UNO, sollte als Primärziel des Internationalen Roten Kreuzes die Friedenssicherung gesetzt werden, aber da gibt es den gerechten und den ungerechten Frieden, wie es den gerechten und den ungerechten Krieg gibt, und obwohl es eigentlich alle wissen müßten, hat nur die satzungsmäßige Bestimmung, daß eine solche Satzungsänderung der Dreiviertelmehrheit bedarf, es verhindert, daß durch dieses Schlüsselwort „Frieden“ der Unfrieden in dieser letzten Weltorganisation vorprogrammiert wäre. Und ähnlich ist es mit Europa; doch darüber später. Dies alles macht verständlich, daß gerade die jungen Menschen, die das Leben vor sich haben und an die Zukunft Erwartungen stellen, immer wieder nach dem Sinn ihres eigenen Auftrags fragen.

Wie anders war es vor dreißig Jahren. Die Arbeits- und Zielrichtung kurz nach dem Zusammenbruch 1945 war ganz eindeutig. Es ging um die Existenz des Deutschtums, und zwar in gleicher Intensität nördlich und südlich der Grenze. In Dänemark bestand die Gefahr, daß die deutsche Minderheit zu einer „Miniheit“ oder zu einer politischen Nichtigkeit werden würde, und südlich der Grenze zeigten sich ernsthafte Bestrebungen, Flensburg und die weitere Umgebung, vielleicht sogar den Landesteil Schleswig bis zur Schlei oder bis zur Eider aus Deutschland, in welcher verfassungsrechtlichen Form auch immer, herauszulösen. So war das Ganze gleichsam ein Existenzkampf für Deutschland. Damit waren rational die Fronten klar abgesteckt, und Verstand und Gefühl — und das ist für die Durchsetzung eines Ziels ein unentbehrlicher Treibsatz — deckten sich. Beide Seiten — dänisch und deutsch — standen sich in ihrer Kontrahaltung im weiteren Sinne des Wortes kongruent gegenüber. So eigenartig es klingt, es gab einen gewissen Freund-Feind-Konsensus. Daran änderte sich auch in der Substanz nichts durch die Kieler Erklärung und das Bonn-Kopenhagener Abkommen, weil dadurch zwar politisch klug und verdienstvoll die politische Feindschaft, nicht aber die unterschiedliche volkliche, politische und kulturelle Interessenlage eingeebnet wurde. Die deutschen Grenzverbände in Schleswig-Holstein in ihren verschiedenen Strukturen und in ihrer unterschiedlichen politischen Zusammensetzung wurden also von der Politik und der Bevölkerung getragen. Es ist kein Zufall, daß die schleswig-holsteinische Landespolitik dieser Zeit mit den Namen Lübke und v. Hassel unlöslich verknüpft ist und daß die Politik vom

Landesteil Schleswig oder, genauer genommen, von Flensburg, dem eigentlichen Schauplatz deutsch-dänischer Auseinandersetzung, geführt wurde. Es gab keine Identitätskrise, und es gab keinen Identitätszweifel.

Heute haben sich die Konturen verwischt, und wir müssen, ob wir wollen oder nicht, mit Ernst nach dem archimedischen Punkt suchen, von dem aus wir zwar nicht die Welt aus den Angeln, aber mit dem wir das Problem unserer Zeit sichtbar machen wollen oder auf dem wir wieder fest stehen können. Ich möchte versuchen, dieses zu tun, und zwar mit aller Deutlichkeit.

Sprechen wir zunächst von der deutschen Seite.

In unserer offensichtlichen Unsicherheit sind wir das Opfer unseres Anpassungsverhaltens, unserer Anpassungsbegabung oder auch unserer Anpassungsversuchung geworden. Dabei war am Anfang alles so vernünftig, alles so zukunftssträchtig. Ich erwähnte die Kieler Erklärung, das Bonn-Kopenhagener Protokoll, und ich bringe noch ein Beispiel aus der eigenen Arbeit des Deutschen Grenzvereins: Ende der fünfziger Jahre setzten wir erstmalig auf dem Scheersberg, dieser historischen Stätte deutscher Sammlung, den Danebrog. Es lag alles auf der gleichen Linie, in der großen Politik wie in der Konkretisierung im einzelnen: es sollte ein Signal sein, ein Signal nach Dänemark, aber auch ein Signal nach innen. Heute müssen wir erkennen, es hat nichts genützt, oder wenn wir optimistisch sind — und das wollen wir sein — es hat noch nichts genützt, denn nach außen, soviel sei jetzt schon gesagt, blieb dieser Ruf in der Gesamtheit ohne Antwort. In Deutschland selbst und insbesondere in Schleswig-Holstein horchte man auf und erkannte durchaus, daß hier eine wichtige neue Zäsur geschaffen war. Dieses Hissen des Danebrogs war kein Tagesgeschehen, sondern symbolisierte den Wechsel unserer Grenzvereinspolitik von der passiven An-der-Grenze-Politik „gegen“ zu einer konstruktiven Politik über die Grenze „für“, wobei das Wort Grenze im geographischen ebenso wie im übertragenen politischen Sinne verstanden werden sollte. Es signalisierte den Versuch, sich von den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts mit seiner starren und letztlich aggressiven europäischen Nationalstaatsidee zu lösen, das Negative abzuschütteln und aus ihm das Positive des Bewußtseins der jeweiligen gewachsenen volklichen kulturellen Werte in eine neue Politik des Kooperierens von Volk zu Volk fortzuentwickeln.

Die Vertreter und Verfechter der alten, klaren Kurspolitik standen dagegen auf. Sie erkannten klar den Wechsel dieser Politik. Damals war ich enttäuscht, daß sie den Schritt in die Zukunft nicht mitzumachen bereit waren. Heute bewerte ich das anders. Ich stehe zwar nach wie vor zu dem, was wir gemeinsam eingeleitet haben, aber verstehe aus der heutigen Erfahrung die Ablehnung von damals. Heute wissen wir, daß diese Politik Gefahren mit sich gebracht hat, die wir in ihrem

Ausmaß damals nicht erkannt haben, und wir müssen eingestehen, daß die Entwicklung den Kritikern in einem begrenzten Rahmen recht gegeben hat, denn die von uns bewußt eingeleitete neue Politik hatte zur Voraussetzung eine eigene klare Grundhaltung, und das heißt ganz vereinfacht: die Identifizierung mit der Geschichte und mit der Kultur seines Volkes. Die Brückenfunktion, die wir diesem Raum des alten Herzogtums Schleswig zugeordnet haben, kann nur wirksam werden, wenn die Pfeiler auf beiden Seiten fest genug verankert sind, und hier wird ganz offensichtlich die Bruchstelle bei uns deutlich. Unsere Politik, die ja gar nicht eine Wendung, sondern eine Fortentwicklung sein sollte, ist weithin falsch verstanden worden oder sie wurde einfach nicht zur Kenntnis genommen. Vielleicht wurde sie auch absorbiert von einer ganz anderen Welle, der sie nur äußerlich zu ähneln schien.

Mit den sechziger Jahren begann bei uns das, was wir heute Bewältigung der Vergangenheit nennen, und dieses kritische Auseinandersetzen mit der Vergangenheit führte zwangsläufig zu einer Auseinandersetzung mit der Gegenwart selbst, mit den Vorstellungen und den Werten, *mit* denen und *in* denen wir leben. Was verständlich und vernünftig begann, endete, wie so oft, in Übertreibungen und in Sinnverkehrung. So auch hier. Ein politisches Bilderstürmen, verbunden mit einer moralischen Beckmesserei, motivierten die Menschen, sich von der Geschichte freizumachen und die geschichtliche Aufgabe zu leugnen, die jedes Volk hat, und nicht etwa, wie fälschlicherweise behauptet, ein „typisch deutsches Nationalspezifikum“ wäre. Dies alles war nur möglich, weil im Gegensatz zu der Entwicklung nach der vergleichbaren Katastrophe 1806 in Preußen als unmittelbare Auswirkung der Schlachten von Jena und Auerstedt der wirtschaftliche Aufbau sich *vor* den geistig-moralischen Gerüstbau geschoben hatte und wir heute noch sehen, welche Schwierigkeiten es uns bereitet, nachträglich die geistigen Balken und Stützpfiler in unser neues deutsches Gebäude einzuziehen. So kam es, daß das Jahr 1961 mit dem Bau der Mauer und dem amerikanischen Nicht-Eingreifen ein willkommener Anlaß wurde, sich endlich von der drückenden Bürde aller nationalen Verpflichtungen freizuzeichnen, da der geschichtslos gewordenen gegenwärtigen Generation dieses offensichtlich nichts einzubringen schien.

Hinzu kam die verschwommene und falschverstandene und falsch interpretierte Europa-Idee, die jedem noch gleichsam frei ins Haus ein moralisches Etikett für sein politisches Verhalten brachte. Wankelmütigkeit und Egozentrik bestimmten die sechziger und frühen siebziger Jahre, die im großen und ganzen nichts mit dem großen, humanen Ziel opferbereiter Brüderlichkeit zu tun hatten, so sehr man auch zur eigenen Rechtfertigung immer wieder die Idee der Französischen Revolution beschwor. Das Ganze war ein schwacher Aufguß, eine zweite Welle der Aufklärung, einer einst großen, befreienden Idee des 18. Jahrhunderts, und es

ist in diesem Zusammenhang interessant festzustellen, daß auch die zeitgenössische Literatur, soweit sie sich nicht politisch und auch kommerziell in den Dienst der Vergangenheitsbewältigung stellte, das Problem der nationalen Identität überhaupt nicht zur Kenntnis nahm.

Dabei müssen wir feststellen, daß dieses angeblich so weltbürgerliche und humane Verhalten mit und gegenüber den Nachbarn und den Ausländern in der Praxis selten diese philanthropische Toleranz aufweist. Sie ist leider oft genug das Gegenteil, nämlich ein Produkt von Anmaßung: Wir *haben* nicht nur Geld, wir *haben* nicht nur eine gesunde soziale Struktur, wir *haben* nicht nur die geringste Arbeitslosigkeit in Europa, sondern wir *zeigen* es auch allen sehr deutlich ... und wundern uns darob, daß wir so wenig Freunde gewinnen. Wir lachen über die „lächerlichen nationalen Unterschiede“ und praktizieren dabei oft einen von keinerlei moralischer Substanz geprägten Nationalismus. Wir können uns gar nicht genug darin gefallen, über die alten Zeiten zu spotten, besonders über den Wilhelminismus — ohne dabei übrigens auch dieses Phänomen in den Stil jener Zeit einzuordnen —, und dabei sind wir selbst bramarbasierende, zwar keineswegs aggressive, aber doch egozentrische und trotz allem politologischen Lehraufwand politische Kinder. Im übrigen sind wir selbstverständlich „Europäer“ ... aber auf unsere Art.

Das heißt also im Klartext: Der Abschied vom Nationalstaat des 19. Jahrhunderts hat nicht zu der gewünschten Wandlung, zu einer Fortentwicklung, sondern zunächst zu einem Einreißen aller Maßstäbe geführt, und damit ist eben die Zielsetzung unserer Generallinie, wie sie 1949 signalisiert und 1955 vertieft worden ist, die aus der Abgrenzung des Denkens und Handelns heraus zu einem partnerschaftlichen Look über die Grenze führen sollte, ohne gesellschaftspolitische Übereinstimmung, ohne politische Tragfähigkeit geblieben; denn die von uns proklamierte Vielheit in der Einheit, der nationalkulturelle Pluralismus — das, was wir in der Substanz als europäisch bezeichnen —, setzt das eigene Wertbewußtsein voraus. Es gibt zwar eine Reihe von Politikern, und wir müssen das für unser Land sehr nachdrücklich und dankbar bekennen, die uns finanziell helfen und uns geistig-politisch tragen, aber bisweilen beschleicht mich das Gefühl, daß das Geld für unsere Arbeit gewährt wird, ohne uns und unsere Zielsetzung zu kennen, ohne mit uns nach vorne zu denken, sondern es geschieht mehr aus Gewohnheit und sogar mit etwas schlechtem politischem Gewissen, weil man dieses Ziel der national-politischen Identität aus ideologischen Gründen ablehnt oder aber, weil man meint, daß unser Ziel und unsere Arbeitsmethoden noch die der zwanziger und dreißiger Jahre seien. Ob es im politischen Raum einen Ansatz zu einer Neubesinnung gibt, ob die Wahlslogans „Modell Deutschland“ oder „Aus Liebe zu Deutschland“ ebenfalls nichts mehr als Slogans sind oder ob sie einen neuen Horizont sichtbar werden lassen, das alles gehört in

das Gebiet politischer Prophetie und damit in den Bereich des Wünschens und Hoffens und bedarf der Bestätigung durch Fakten.

Jetzt zu der anderen Seite, zu Dänemark.

Auch dort gibt man sich europäisch, demokratisch und tolerant, aber es hat keinen Wert, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß das, was bei uns zu wenig, bei jenen noch oder wieder mehr zuviel ist: Europa hier wie Europa dort tragen zwar das gleiche Etikett, aber mit ungleichem Inhalt. Ich sage das alles mit aufrichtigem Bedauern, denn meine in diesem Raum über Jahrzehnte gewachsene Erkenntnis bleibt zwar, daß der Gesamtstaat, dieses europäische Kunstwerk des 18. und 19. Jahrhunderts, unwiederbringlich dahin ist und daß wir uns vor jeder Renaissance, vor jeder politischen Träumerei in Wort und Tat hüten sollten. Doch es bleibt auch mein Bekenntnis, daß nur die Form zerbrochen ist, der Inhalt, über die hundert Jahre verstreut, zerstückelt, ist noch da und bleibt lebendig, was auch Politiker, insbesondere in Dänemark, dagegen sagen. Wir müssen feststellen, daß viele Dänen, und das gilt insbesondere für jene, die uns in Jütland am nächsten sind, noch oder wieder in der Nationalstaatsidee des 19. Jahrhunderts leben. Das heißt, sie wollen mit uns freundlich und kommerziell und verkehrsmäßig vernünftig leben, aber nicht besser und nicht schlechter als mit jedem anderen Staat. Nur eines wollen sie in bezug auf Deutschland anders, sie wollen kulturell und politisch Abgrenzung — bei aller Verbundenheit in der EG, der NATO und anderer Organisationen. Sie lehnen jedes Gespräch mit unterschiedlichen Gründen und Methoden über das mögliche Gemeinsame nördlich und südlich ab. Darüber sollen wir uns nicht täuschen, ganz gleich, ob man uns entgegnet: „Freunde, langsam, wir wollen alles Schritt für Schritt pragmatisch tun“, oder sei es, daß man uns das politische Sündenregister vorhält. Der große Nachbar an der Südgrenze ist ein Alptraum. Ein wenig überspitzt gesagt: Die noch immer sehr virulente Ablehnung von Bismarck beruht nicht so sehr auf seinem politischen Programm, nicht einmal so sehr auf dem Krieg von 1864, dessen Ursprung man ja selbst kennt, sondern letzten Endes auf seinem Werk der deutschen Einigung. Jahrhundertlang hatte man mit einer Vielzahl von deutschen Staaten gelebt und sogar in diesem Staatenbund mitgewirkt; und nun dieser Koloß vor ihrer Tür, der immer wieder wie ein Phönix aus der Asche entsteht. Ein kosmisches Faktum, das an sich nichts mit Deutschland zu tun hat, sondern gleichsam als notwendiger poetischer Mittelpunkt innerhalb Europas den Skandinaviern, und hier nun an der äußersten Südflanke der Dänen, gerade vor der Tür liegt. Hinzu kommen noch viele andere Motivationen, unter denen wir sicherlich nicht die Kriegsjahre vergessen dürfen. Wir müssen dieses zur Kenntnis nehmen, und wir müssen mit der Pflicht, in die wir nun einmal in der Mitte Europas genommen sind, den Ausgleich, das Verständnis und das Vertrauen suchen. Es

wird ein langer, nicht von Enttäuschungen freier Weg sein.

So haben wir folgende Situation in dem einstigen Herzogtum Schleswig:

Auf der deutschen Seite ein geistig-politisches Vakuum, das zwangsläufig in sich Gefahren der Bereitschaft für Ideologien aller Art bildet und das gegenwärtig einfach mit dem Problem der Grenze nichts anfangen kann, und in Dänemark auf der anderen Seite eine wachsende politische und kulturelle Abgrenzung und eine große Zurückhaltung partnerschaftlicher Verantwortung für den Raum diesseits und jenseits der Grenze; auf deutscher Seite ein Verkennen der Wichtigkeit der politischen Identität und des eigenen kulturellen Wertbewußtseins und auf der anderen Seite ein überbetontes und äußere Einflüsse abwehrendes Verhalten des In-sich-Ruhens.

Dies alles wird zwar in Worten überdeckt, zeigt aber in den Fakten einen erschreckenden Mangel an politischem Konsensus und erschwert damit zwangsläufig die Arbeit der deutschen Volksgruppe in Dänemark.

In dieser geistig und politisch diffusen Situation ist es unsere Aufgabe, nach innen und nach außen mit Offenheit und Mut klarzumachen,

1. daß das friedliche Zusammenleben von Menschen und Völkern allein auf dem gegenseitigen Respekt von Würde und Individualität beruht;
2. daß weder politische Indifferenz auf der einen Seite noch politisches Eingeln auf der anderen Seite Probleme lösen oder Konflikte verhindern kann;
3. daß jeder Versuch der kulturellen, wirtschaftlichen, politischen oder, was noch gefährlicher ist, der ideologischen Vereinnahmung zwangsweise schwere Konflikte herauf beschwört;

denn die Geschichte Europas ist die Geschichte *gemeinsamer* Werte bei aller volklichen und kulturellen Eigenart, und keine Macht der Erde, durch zwei Jahrtausende hindurch, hat dieses geistige Gesetz, unter dem Europa angetreten ist, vernichten können.

Wir können dieses nur dadurch erreichen, daß wir das politisch-moralische Bewußtsein der Menschen, ihre Verantwortung füreinander diesseits und jenseits der Grenze wecken und stärken, daß wir weniger von Europa sprechen, sondern mehr europäisch handeln. Wir tun es in der Arbeit unserer Grenzverbände auf deutscher Seite — Gott sei Dank! — auf so verschiedene politische, organisatorische und methodische Weise. Dieser Pluralismus ist unsere Stärke. Unsere Arbeit ist finanziell, aber noch viel deutlicher politisch in Gefahr, aber sie hat auch Chancen, wenn wir uns in unserem Tun immer wieder darüber klar werden, daß wir hier in diesem begrenzten heimatlichen Raum aufgerufen sind, nicht für uns selbst zu leben, sondern ein Stückchen große europäische Geschichte eigenverantwortlich zu formen.

Heimat - ein Begriff im Wandel der Zeit

Das Nachstehende ist die mit freundlicher Genehmigung des Verfassers leicht gekürzte Wiedergabe eines Vortrages, der aus Anlaß des „Tages der deutschen Schule“ im Oktober des vergangenen Jahres in Sonderburg gehalten wurde. Es wird in ihm zu einer Problematik Stellung genommen, die sicherlich nicht mehr die Brisanz der Jahre nach 1945 hat, aber auch für die heutige Zeit — wenn auch in anderer Weise — noch von Bedeutung ist.

Einleitend möchte ich auf die Schwierigkeiten hinweisen, die sich bei der Beschäftigung mit dem Begriff „Heimat“ für uns ergeben. Ich tue das deshalb, um von vornherein der möglicherweise vorhandenen Erwartung entgegenzuwirken, als ob ich eine eindeutige Klärung dieses Begriffes anbieten könnte.

Ich will zur Auseinandersetzung mit einem Begriff beitragen, der seiner Natur nach nicht zu den endgültig geklärten gehört, der immer vieldeutig und wandelbar war, der wandelbar auch heute ist und bleiben wird. Daß dieser Begriff einem ständigen Wandel unterworfen ist, gehört zu den Erlebnissen, die viele Menschen in unserem Lande spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg erfahren haben. Verständlich, daß aus diesem Grunde der Wunsch nach Klärung besonders groß ist.

Hinzu kommt, daß der Heimatbegriff wie die ihm nahestehenden Begriffe Nation, Volk und Vaterland zu denjenigen gehören, die gerade in Deutschland historisch belastet und emotional aufgeladen sind. Alle diese Begriffe sind in den zurückliegenden zwei Menschenaltern überstrapaziert und mißbraucht worden und dadurch abgenutzt und entwertet, vom Inhalt entleert, farblos und unscharf. Nicht nur diese historische Erfahrung hat zu dieser begrifflichen Unschärfe und Unsicherheit im Umgang mit dem Begriff Heimat geführt, sondern auch der Verlust menschlicher Bindungen als Folge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in den modernen Industriegesellschaften. All dies hat mit dazu beigetragen, daß wir — ob jung oder alt — unsicher geworden sind im Umgang mit dem Heimatbegriff.

I

Fragen wir zunächst: Gibt es unabhängig von allen Wandlungsprozessen durch die Zeiten hindurch Merkmale, die beschreiben, was Heimat eigentlich ist?

Heimat ist zunächst der Raumteil der Erde, mit dem wir uns verbunden fühlen (hier wird die geographische Bestimmung schon überschritten), dem wir uns durch Tradition und Lebensumstände, gegebenenfalls auch durch Wahl seelisch verbunden fühlen.

Heimat ist ein geographischer Raum für ganz bestimmte Menschen, nicht für jedermann. Hier entwickelt sich eine Verbundenheit, die sich auch noch aus räumlicher Entfernung und in späteren Lebensjahren besonders wegen der Jugenderlebnisse im Gemüt des Menschen fühlbar macht und zum Heimweh steigern kann.

Die Raumbezogenheit gewinnt Leben erst durch die soziale Verbundenheit, deren Stärke uns — trotz sozialer Unterschiede — erst in der Fremde zum Bewußtsein kommt. So gibt es heimatliche Gemeinsamkeiten, die die Grundlage menschlicher Beziehungen bilden. Sicher ist es so, daß übersichtlich-ländliche, klein- und mittelstädtische kulturelle Traditionen und Geschichtsbewußtsein pflegende Lebensräume die Entwicklung der Heimatverbundenheit begünstigen. Aber auch Menschen großstädtisch-industriegesellschaftlicher Herkunft empfinden die spezifischen Eigenarten „ihrer“ Stadt oder „ihres“ Wohngebietes als Heimat.

Wenn wir Äußerungen über Heimat analysieren, fällt eine dreifache Abgrenzung des Heimatlichen auf,

1. Heimat als Welt- und Lebenskreis der Kinder, als Ort, dessen nächste Umgebung sowie als Landschaft, auch als Mikrokosmos und schließlich als die ganze Welt.
2. Die zeitliche Komponente: etwa „Ort von Kindheit und Jugend“, oder „Ort der längsten Wohndauer“.
3. Schließlich dann die Kennzeichnung der Heimat durch geistige und seelische Werte, die Heimat als „Wertwelt“: der Ort der Sicherheit und Geborgenheit, des Vertrauens, aber auch die Liebe und der Stolz auf das Heimatliche bis hin zum „geistigen Wurzelgefühl“.

Für viele Menschen ist das zuletzt Genannte das, was eigentlich Heimat ausmacht. In der Wirklichkeit sind diese verschiedenen Merkmale gar nicht voneinander zu trennen, sondern bilden eine Einheit, in der allerdings die Akzente unterschiedlich gesetzt werden.

Heimat umfaßt das Landschaftliche, wobei ich die Stadt auch einbeziehe, vor allem aber die Menschen, die in dieser Landschaft (in dieser Stadt oder diesem Stadtteil) leben, ihre Sitten, Gebräuche und ihre Sprache. So haben wir alle zur Heimat jenseits sachlich-nüchterner Beurteilung eine gemüthhaft bestimmte, durch liebevolle Bande bewährte innere Beziehung, und deshalb sprechen wir von Heimatgefühl, Heimatliebe, Heimatbewußtsein und Heimattreue, und all diese Gefühle finden ihre stärkste seelische Ausprägung im Heimweh.

Nun ist Heimat aber auch eine auf diesen Werten beruhende Gemeinschaft aller Menschen dieses Raumes, die mit uns in bestimmter Weise verbunden sind in Familien, Lebenskreisen, sozialen Schichten, die uns näher oder ferner stehen. Dieser Raumteil der Erde, den wir Heimat nennen, hat nun je seine eigene Geschichte, die wir einbeziehen. Es war die Romantik und die aus ihr

hervorgegangene historische Betrachtungsweise, die diese Komponente des Heimatelebnisses in den Vordergrund gerückt und die Heimatgeschichte als Grundlage des Heimatelebnisses geschaffen hat. Aufs engste damit verbunden ist die Betonung der Sitten und Gebräuche, der Sprache, ihre Pflege und Erhaltung. Im Heimatbegriff verbinden sich subjektive Bezogenheit und objektive Gegebenheiten zu einer Einheit.

II

Das Wort „Heimat“ ist alt. In frühester Zeit beschränkte sich der Heimatbegriff auf das väterliche Erbe¹, aber auch auf ein Dorf, eine Gemeinde², ein Verständnis, das auch in den verschiedenen „Heimatrechten“ deutlich wird, die bis in das 19. Jahrhundert wirksam waren.

Das Substantiv „Heimat“ fehlt dann in der neuen deutschen Schriftsprache vom 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts und wird erst danach wieder lebendig. Wenn wir Belege auch aus dieser Zeit untersuchen, stellen wir fest, daß der im alltäglichen Sprachgebrauch verwendete Begriff „Heimat“ unscharf und komplex bleibt. Auf der einen Seite werden darunter räumliche Merkmale verstanden, die vom Haus bis zum Staatsgebiet reichen können, auf der anderen Seite sind damit Wertvorstellungen verbunden, die nur sehr vage beschrieben werden können, die aber nahezu immer sentimental gefärbt sind.

Ein bedeutsamer Wandel im Heimatverständnis wird mit der Französischen Revolution eingeleitet. Als Folge dieser Revolution tritt eine bewußte und sehr wirksame Lockerung der rechtlichen Verbindung des Menschen mit seiner Heimat ein. Freiheit und Gleichheit werden als natürliche Menschenrechte des einzelnen verkündet und neben der individuellen Selbstbestimmung die nationale Selbstbestimmung der Völker gefordert.

Verbunden mit dem liberalen Gedanken ist die westeuropäische Idee der Nation, die die Entwicklung des Heimatgedankens (vor allem im Staats- und Völkerrecht) entscheidend beeinflusst hat. Die Nation wird als freie Willensgemeinschaft aller Menschen verstanden, die sich zur Staatsnation und den Staat zum Nationalstaat machen. Damit werden die objektiven Bindungen des Menschen durch seine Abstammung, Sprache und Heimat von den subjektiven Momenten des persönlichen Empfindens und der staatlich-politischen Entscheidung überdeckt.

Dieser damals entstehende subjektive und politische Nationalitätsbegriff findet seinen Ausdruck in den berühmten Worten Ernest Renans, die Nation sei ein „plébiscite de tous les jours“³ und ein sich jeden Tag wiederholendes Bekenntnis zu den durch die natürliche Vernunft gebotenen Grundsätzen der Revolution. Damit verschwindet die Heimat hinter der Nation, an Stelle der Heimat wird der Nationalstaat zum Vaterland seiner Bürger. Heimat ist bei diesem Nationenverständnis ein vorwiegend rationaler, staatlich-politischer Begriff, der

durch das von Freiheit und Gleichheit bestimmte Verfassungsideal des liberalen Rechtsstaates erfüllt wird.

Im Gegensatz zu diesem in Umrissen geschilderten Nationbegriff Westeuropas entwickelt sich in Deutschland ein Nationbegriff, den man nach dem Vorbild Friedrich Meineckes als den der Kulturnation bezeichnen kann und der von dem Ostpreußen Johann Gottfried Herder geformt wurde, und zwar zur selben Zeit, als in Frankreich die Revolution auf ihrem Höhepunkt stand.

Der Begriff Kulturnation erfaßt den Menschen als Glied einer Gemeinschaft, die in einem bestimmten Siedlungsgebiet durch gemeinsame Abstammung und Sprache, durch eigene Sitten und Gebräuche und eine gemeinsame geschichtliche Überlieferung gebildet wird. Dies ist die „Volkheit“, wie Goethe⁴ sagte, oder wie wir heute sagen, das Volk. Das Schwergewicht liegt nicht auf dem gemeinsamen Staat, sondern auf der gemeinsamen Kultur. Hier geben nicht subjektive Merkmale den Ausschlag, sondern kulturelle und objektive. Im Laufe der Entwicklung geht auch dieser Begriff in eine politische Phase über, so daß auch hier die Forderung steht, daß jeder Volksangehörige auch Staatsangehöriger werden müsse.

Für die Kulturnation nun bedeutet Heimat die irrationale Verknüpfung eines bestimmten Volkes mit seinem Siedlungs- und Kulturraum. Auch im Staat behält diese landschaftlich-volkliche Gebundenheit ihren Sinn. Nach Hegels Auffassung hat der Staat den Volksgeist zum konkreten Inhalt und damit seine Bestimmtheit im „Boden“ und im „Naturwillen“ des Volkess.

Im Hinblick auf die Bedeutung dieses Unterschiedes für Minderheiten will ich darauf hinweisen, daß hinter dem Begriff der Staatsnation das westliche Prinzip der Assimilation verschiedener Gruppen, hinter dem der Kulturnation das der Absonderung, der Segregation von verschiedenen Gruppen steht.

Interessant ist dieser Unterschied gerade in unserer Situation an der deutschdänischen Grenze mit ihren Minderheiten. In Dänemark ist die westlich subjektive Auffassung eingedrungen, die etwa in der Forderung zum Ausdruck kommt: „Däne ist, wer Däne sein will“. Das heißt, jeder kann Däne werden, der sich durch dieses Land angezogen fühlt.

Dieser Auffassung steht die aus dem Begriff der Kulturnation abgeleitete gegenüber, wonach man in seine Nation hineingeboren, in ihrer Kultur so stark verwurzelt ist, daß man sich aus dieser nicht ohne weiteres lösen kann. Auch heute noch neigen viele von uns dazu, die Herauslösung eines Menschen aus seiner Nation oder den Versuch dazu als Verstoß gegen eine von Gott gesetzte Ordnung anzusehen. Wechselt jemand von einer Nation in eine andere, wird das auch heute noch da und dort als Verrat und charakterlich bedenklich betrachtet: In Übereinstimmung mit der kulturnationalen Auffassung sehen wir auch heute noch in der Auseinandersetzung mit einem fremden Volkstum die Pflege der Kultur

als entscheidende Aufgabe.

Die Kulturarbeit der dänischen Minderheit in Südschleswig macht deutlich, daß in Dänemark — zumindest was das Grenzland angeht — beide Nationenbegriffe eine Verbindung eingegangen sind, und zwar insofern, als daß die freie Entscheidung des einzelnen für die dänische oder deutsche Seite im Sinne der Staatsnation zwar bleibt, daß aber von dänischer Seite durch Kulturarbeit viel dazu getan wird, dem einzelnen zur „richtigen“ Entscheidung zu verhelfen.

Mit diesen Ausführungen will ich sichtbar machen, daß

1. der Heimatbegriff nicht losgelöst gesehen werden kann von dem jeweils dahinterstehenden Nationenbegriff, und
2. daß trotz aller Veränderungen auf die Gegenwart hin, insbesondere durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung, historische Einflüsse auch noch bis in unsere Zeit hineinwirken.

Im folgenden will ich noch auf zwei weitere Einflüsse aufmerksam machen, die bei uns sehr nachhaltig auf die Vorstellungen von Heimat eingewirkt haben. Einmal ist es das Christentum, das den Begriff „Heimat“ in den Bereich des Transzendenten verlegt und damit dem Menschen und seiner existentiellen Bedrohung die Geborgenheit im Jenseits, die „Ewige Heimat“ gegenüberstellt. In unzähligen Heimatgedichten und Heimatgeschichten, die die älteren unter uns noch in der Schule gelesen oder gelernt haben, wird dieser religiöse Bezug hergestellt und damit der Besitz der Heimat als gottgewollt und ihr Verlust als Handlung gegen Gottes Gebot verstanden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Stelle in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 verweisen, in der dieser Gedanke aufgenommen und vertreten wird. Es heißt dort: „Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde, Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen bedeutet, ihn im Geist töten.“

Diese Aussage ist zwar auf die Heimatvertriebenen in einer konkreten historischen Situation bezogen, meint aber sicher auch die Menschen, die aus ganz anderen Gründen ihre Heimat verlassen haben oder diese verlassen müssen. Hier zeigt sich, wie stark emotionalisierend die Verbindung von heiligen und profanen Vorstellungen wirkt und wie schwer es damit Menschen gemacht wird, sich rational mit dem Heimatbegriff auseinanderzusetzen — gerade dann, wenn äußere Umstände auch als Folge freiwilliger Entscheidung dazu zwingen, die Heimat aufzugeben und eine neue zu gewinnen.

Zum anderen war neben der religiösen Akzentsetzung eine Aufwertung des individuellen Heimatbereiches in die allgemeine Verbindlichkeit vaterländischer Gefühle zu beobachten, eine Entwicklung, die in ihren Auswirkungen bis heute feststellbar ist. Beispiel dafür sind die Soldatenlieder des Zweiten Weltkrieges, in denen Heimat und Vaterland, Heimat und Reich, Deutschland und Heimatland, als

gängige Wendungen gebraucht, den Heimatbegriff immer weiter von seinem eigentlichen Inhalt entfernen. In diesen Liedern, die häufig die Schönheit der Heimat besingen, werden alle Gefühle der Sehnsucht und des Heimwehs einem Begriff untergeordnet, dessen Unverbindlichkeit es möglich macht, die verschiedenen Auslegungen individueller Heimatverbundenheit aufzufangen und auszudrücken.

Die Nationalisierung des Heimatbegriffes erfährt ihre höchste Steigerung in der Zeit des Nationalsozialismus. Danach ist Heimat aufgebaut aus: „Glauben, Blut und Boden, Überlieferung und Schicksalsgemeinschaft“.⁶

Diesem Verständnis nach bestehen die heimatlichen Lebenskreise aus „Familie, Kreis, Gau, Reich, Gesamt-Volk“⁷ und diese deutsche Heimat wird bestimmt von Werten wie Tapferkeit, Mut, Ausdauer, Treue und anderen Tugenden, wobei die „nationale Ehre“ als oberster Wert gilt.

Wie stark zu dieser Zeit die Begriffe „Volk“, „Vaterland“ und „Heimat“ in Zusammenhang gebracht und dadurch verschwommen werden, zeigt folgende Textstelle: „ ... vor uns liegt rein und klar und hart im Morgenlicht als Raum und Volk, als Anlage und Sendung, als Geist und Bild, als Recht und Pflicht unser deutsches Vaterland, und wir freuen uns dieser wiedergeschenkten Heimat unserer Seelen als eines Schatzes über alles in der Welt“.⁸

Nach der Überstrapazierung auch des Heimatgedankens folgte für Millionen Menschen das Erlebnis der Zerstörung der Heimat, die Auflösung von Bindungen und der Verlust der Heimat. Alle diese bitteren Erfahrungen führten sicher zu einer deutlichen Distanz gegenüber dem, was Heimat bedeutet, und auch zu zurückhaltendem und vorsichtigem Gebrauch des Begriffes selbst.

Ich hoffe, daß aus der bisherigen Darstellung deutlich geworden ist, daß der Heimatbegriff in seinem Ursprung etwas sehr Konkretes beschreibt, um dann im Laufe der Geschichte immer stärker ausgeweitet und, mit unterschiedlichen Akzenten versehen, immer verschwommener, farbloser und unverbindlicher wurde. Kriege, Annektionen, Verschleppungen und Vertreibungen sowie umfassende Fluchtbewegungen haben ebenso wie die Mobilität der modernen Industriegesellschaft dazu beigetragen. Und dennoch werden wir sagen müssen, daß viele Elemente dieses dem historischen Wandel unterworfenen Begriffes in unterschiedlichen Kombinationen unsere eigenen Vorstellungen von Heimat bestimmen.

Für die heutige Zeit nun können wir sagen, daß sich die Bindung an eine bestimmte Heimat, an bestimmte Sitten und Gebräuche als Folge der durch die Industrialisierung geforderten und geförderten Mobilität weiterhin gelockert hat. Die Dynamik der Geschichte trägt mit dazu bei, die Bedeutung von Heimat auch weiterhin zu verändern. In dem Maße, in dem die Fremde nicht mehr als das „Elende“ angesehen wird — auch dadurch, daß immer größere Ordnungen

entstehen —, scheint Heimat an Verbindlichkeit zu verlieren. Gleichsam als Erklärung dazu sagt der Soziologe Helmut Schelsky: „Der Gegensatz von Heimat und Fremde gehört zu den Dualismen des 19. Jahrhunderts. Eine genaue Analyse der Flüchtlingsfamilie im Zusammenhang mit den gesamten Familienverfassungen unserer Gesellschaft zeigt, daß er wie viele andere Dualismen des 19. Jahrhunderts unwirksam zu werden beginnt. Das Gesetz der Fremde hat längst unsere Gesellschaft insgesamt ergriffen.“⁹

Bei den Bemühungen, Heimat zu bestimmen, sind in heutiger Zeit zwei Grundtendenzen zu erkennen:

Auf der einen Seite wird versucht, Heimat nach äußeren Kriterien zu bestimmen, so z. B. durch historische, politische, geographische und kulturelle im weitesten Sinne; auf der anderen Seite durch innere Wertvorstellungen, wobei dann Heimat als „seelischer Grundwert“ oder als „ganzheitliche Welt“ bestimmt wird. Dabei zeigt sich aber deutlich, daß eine exakte Trennung von inneren und äußeren Kriterien nicht möglich ist und ein Heimatgefühl nur entstehen kann, wenn innere und äußere Merkmale gemeinsam verstandesgemäß verarbeitet werden.

III

So finden wir in unserer Zeit das Nebeneinander von unterschiedlichen Begriffsbestimmungen, die einmal von statisch und metaphysisch-religiösen auf der einen Seite bis zu denen reichen, die man als offenes Konzept bezeichnen kann. Was meint nun dieses offene Konzept? Es geht davon aus, daß auch der Mensch unserer Tage Heimat, das Erlebnis der Heimat und die Bindung an eine Heimat braucht. Das ist besonders deshalb wichtig, weil er nur so zu einer eigenen Identität finden kann.

Dieses Konzept geht davon aus, daß auch der Mensch unserer Tage die Geborgenheit des Hauses, des Heimes als Voraussetzung seiner menschlichen Existenz braucht. Und dieses Konzept geht davon aus, daß allerdings der Mensch unserer Zeit die Aufgabe hat, sich Heimat immer wieder neu zu schaffen „durch Anpassung seiner Fertigkeiten und Fähigkeiten an die sozial-kulturellen Gegebenheiten des Raumes und ihrer Wandelbarkeit“.¹⁰

Diese Anpassung seiner Fertigkeiten und Fähigkeiten wird nicht nur dann von ihm verlangt, wenn äußere Umstände ihn dazu veranlassen, seine Heimat zu verlassen und eine neue zu finden, sondern auch deshalb, weil — wie wir alle beobachten — sich unsere eigene Umwelt etwa im Zuge der Industrialisierung verändert.

Wenn wir davon ausgehen, daß der Mensch auch unserer Tage zur Behauptung in dieser Welt zunächst sich selber finden muß, und daß zu dieser Identitätsfindung die Verbundenheit zur Heimat, das Heimatbewußtsein, die Heimmattreue und -liebe gehören, dann kommt es darauf an, ihm dabei zu helfen,

daß z. B. der junge Mensch in Geborgenheit aufwächst, in einer für ihn überschaubaren und durchschaubaren Welt mit ihren Menschen, ihrer Natur und Geschichte. Diese so notwendige Geborgenheit kann er gewinnen, wenn er sich in Sprache, Sitte, Brauchtum, Arbeitswelt und Kulturgut der Heimat einlebt und so in Auffassungs- und Denkweisen, in Wertungen und Leitbilder menschlichen Verhaltens und Handelns, in Sinndeutungen seines Verhältnisses zu Natur und Menschen hineinwächst. Auch heute kommt es darauf an, möglicherweise mehr als früher, jungen Menschen dabei zu helfen, Gemütsbindungen zu Menschen und Dingen der Heimat zu schaffen und zu pflegen, Leitbilder vor Augen zu führen und das Kulturgut lebendig zu überliefern. Dabei kommt es aber entscheidend darauf an, sich durch Weltoffenheit und kritische Einstellung vor der Gefahr geistiger Enge und ideologischer Überspanntheit zu hüten.

Denn ein allzu ausgeprägtes Heimatbewußtsein behindert den Blick für weltweite und gesamtgesellschaftliche Strukturen und Wirkungszusammenhänge. Gerade wenn der Blick dafür verhindert wird, können borniert-lokale Beschränktheit sowie harmonisch-integrative und romantisch verklärte Gesellschaftsbilder entstehen. Die Folge sind dann entweder sozial-aggressiv emotionale Schwarz- Weiß- oder Freund-Feind-Einstellungen oder die Unfähigkeit, soziale Widersprüche und Konflikte zu erkennen und zu bewältigen.

Ich hoffe, daß klar geworden ist, daß auch der Mensch in der heutigen Zeit die Bindung an die Heimat braucht, daß aber ebenso deutlich geworden ist, daß angesichts der veränderten und sich weiter verändernden Umstände dem Menschen dabei geholfen werden muß, durch Erziehung in der Schule und Weiterbildung im außerschulischen Bereich ein Heimatbewußtsein zu entwickeln, das einerseits auf überprüften tradierten Vorstellungen aufbaut und andererseits weltoffen genug ist. In diesem Zusammenhang schreibt der Psychologe Alexander Mitscherlich:

„Geborgenheit, Heimat und Freiheit sind keine Himmelsgestalten. In unserer Zeit gar nicht anders erreichbar als durch geduldiges Nachdenken über Methoden, mit denen sich die Menschen selbst als Sozialwesen gestalten.“¹¹

1 Vgl. Trübners Deutsches Wörterbuch, Bd. 3, S. 387

2 Vgl. F. Kluge: Etymologisches Wörterbuch deutscher Sprache, S. 298

3 Ernest Renan: Qu'est-ce qu'une nation, Paris, 1882, S. 27

4 Johann Wolfgang von Goethe: Maximen und Reflexionen

5 F.W.G. Hegel: Philosophie des Rechts, Glöckners Jubiläumsausgabe, Bd. 7, S. 448

6 A. Walz: Volkskunde und Schule, in: Mitteldeutsche Blätter für Volkskunde, 9, 1934, S. 161

7 Ebenda S. 162

8 H. Freudenthal: in: Erziehung des deutschen Volkes, in Deutsche Schule und deutsche

Erziehung, Stuttgart, 1934, S. 240

9 Helmut Schelsky in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jahrgang 1950/51, S. 163

10 Wilhelm Brepohl: Die Heimat als Beziehungswelt, in: Soziale Welt, IV, 1952, S. 16

11 A. Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, S. 139

Minderheiten - immer aktuell

Auf der jüngst in der Grenzakademie Sankelmark durchgeführten Tagung des Bundes deutscher Nordschleswiger und der Akademie Sankelmark hielt Henry Faulk (Glasgow) ein bedeutsames Referat zum Thema „Minderheiten - immer aktuell“. Henry Faulk, ehemaliger britischer Oberst, wurde 1944 von seinem Kriegsministerium dem Außenministerium mit dem Auftrag der Rückeroberung der deutschen Kriegsgefangenen zur Demokratie überstellt. Dabei erschloß er für die Wissenschaft neue Aspekte hinsichtlich der Eigentümlichkeit und Verhaltensweise des einzelnen Menschen in der großen Menge. Ein Massenexperiment von noch nie dagewesenem Ausmaß wurde durchgeführt: 400 000 deutsche Kriegsgefangene aus 1500 Gefangenenlagern Großbritanniens standen dafür zur Verfügung. Durch Faulks gruppenpsychologische Grundlagenforschung wurde u. a. auch geklärt, wieso der Nationalsozialismus zu einer weltbedrohenden Macht werden konnte. Dabei wurde auch das Problem der Minderheiten in seiner Auswirkung verdeutlicht. Herr Faulk verfaßte auf unsere Bitte hin eine gedrängte Kurzfassung seiner in Sankelmark vorgetragenen Erkenntnisse.

Zunächst die Erklärung vorweg, was hier unter einer Minderheit verstanden sein möchte; denn äußerlich gesehen können Minderheitsgruppen sehr unterschiedlich sein. Man vergleiche dazu die deutsche bzw. die dänische Minderheit dieses Grenzgebietes etwa mit der katholischen Minderheit in Nordirland, mit den Puertorikanern in Amerika, den weißen Minderheiten in Rhodesien oder Südafrika oder der französischen Minderheit in Kanada. Gerade weil die Bedingungen, unter denen Minderheiten leben, so unterschiedlich sind, ist es normal, daß Minderheiten durch ihre historische und wirtschaftliche Entwicklung erklärt werden, die zu ihrer jetzigen Lage geführt haben. Und doch ist sich jeder, der Angehöriger einer solchen Gruppe ist oder war, wohl bewußt:

Die Zugehörigkeit zu einer Minderheit ist ein psychologisches Phänomen.

Anfangen von Sklaven und den Insassen von Konzentrations- oder Vernichtungslagern, denen das Recht entzogen wurde, sogar als Menschen zu gelten, über die Kriegsgefangenen des letzten Krieges, insbesondere die deutschen in Rußland, die russischen in Deutschland und die alliierten in Birma, die sich für Entrechtete und Spielzeuge der Willkür hielten, über die von Ressentiments erfüllte Masse der Schwarzen in Amerika bis hin zu den politisch gleichberechtigten Minderheiten in Europa und den machthabenden Minderheiten in Afrika, bestimmen tatsächlich dieselben psychologischen Prinzipien die Reaktion der Minderheiten. In diesem psychologischen Sinne können sogar ganze Völker innerhalb der Gemeinschaft der Völker Minderheiten sein; Deutschland unmittelbar nach dem letzten Kriege mag als Beispiel dafür stehen. Die historische

Forschung kann diese psychische Reaktion nicht erklären; sie kann nur die Situation erklären, die die Intensität der Reaktion bestimmt.

Offenbar muß die nächste Frage lauten: Welcher Art sind diese Prinzipien und welcher Art sind ihre Auswirkungen? In der Geschichte der Menschen, wie sie von Anthropologen aufgedeckt worden ist, finden sich keine Indizien, daß die Menschen jemals alleine gelebt hätten. *Von Anfang an war der Mensch ein Gruppenwesen.* Und heute, nach einer Entwicklung von zehntausenden Jahren, ist es den Menschen immer noch unmöglich, sich einen Menschen ohne Gruppe im Sinne etwa von Sippe vorzustellen. Das psychologische Prinzip ist mit dieser biologischen Tatsache verbunden:

Die Menschen haben ein angeborenes Bedürfnis nach Gruppenzugehörigkeit.

Sowohl Zugehörigkeit wie Gruppe müssen näher beschrieben werden; denn weder das eine noch das andere ist in der „Staatsangehörigkeit“, d. h. der anerkannten Mitgliedschaft zu einer politischen Staatsorganisation, mit einbegriffen. Wenn die Zugehörigkeit im psychologischen Sinne mit der Staatsangehörigkeit identisch wäre, würden die meisten Minderheiten sofort aufhören zu existieren. Nur das Bedürfnis nach Zugehörigkeit im psychologischen Sinne ist allen Menschen gemeinsam, und nur die Gruppe, die diesem Bedürfnis entgegenkommt, stellt für alle Menschen dieselbe Funktion dar. Die Gruppe in *diesem* Sinne hat überhaupt keine Organisation. Sie besteht vielmehr aus allen den Menschen, die auf Grund gewisser Kriterien sich miteinander und mit dem Wesen der Gruppe identifizieren. Das Bedürfnis nach Zugehörigkeit wird dann im einzelnen Menschen durch die Gewißheit befriedigt, daß er von dieser Gruppe unbestritten akzeptiert wird. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen Gruppe und Zugehörigkeit rein psychologische Erscheinungen sind. Um diese Gruppen von allen anderen, besonders von der Staatsangehörigkeit zu unterscheiden, nennen wir sie

Die inklusive Gruppe

Ein Beispiel: Politisch ist der Pakistani in England ein Engländer, denn er hat die dafür notwendige Staatsangehörigkeit. Aber ihm fehlt die Gewißheit, von der inklusiven Gruppe der Engländer akzeptiert zu sein. Umgekehrt besitzt der Engländer noch die Gewißheit, der vielleicht in Südamerika geboren wurde und niemals in England gewesen ist. Mir sagte einmal ein Österreicher, der sich die britische Staatsangehörigkeit erworben hatte: „Nachdem man Engländer geworden ist, sollte man auch als solcher akzeptiert werden; aber dem ist nicht so.“ Frustriert verließ er England und kehrte in die Heimat zurück.

Wie erkennen die Menschen ihre inklusive Gruppe und wie wissen sie, wer zur unbestrittenen Aufnahme berechtigt ist, und zwar von der Geburt an?

Kleine primitive Gruppen, wie sie noch in Australien und Neuguinea zu finden sind, sind zahlenmäßig so beschränkt, daß die Gruppenangehörigen sich alle gegenseitig kennen und die Frage, wer dazugehört, einfach nicht aufkommt. Aber in einer Gruppe von vielen Millionen wird die inklusive Gruppe unvermeidbar zu einer Erscheinung, die von gewissen Kriterien abhängt. Diese Kriterien gewinnen an Wichtigkeit hauptsächlich nach dem Alter der Gruppe. Sie umfassen solche Elemente wie Name, Religion, Herkunft, Eltern, Geburtsort, dazu körperliche Merkmale wie z. B. die Hautfarbe. Nur *ein* Faktor ist allen Gruppen gemeinsam: die Dauer der Zugehörigkeit. Obwohl in alten inklusiven Gruppen, wie sie in Europa bestehen, allgemein stillschweigend angenommen wird, daß die Familien der Angehörigen schon seit den Anfängen der Gruppe dazugehören, verleiht die Möglichkeit, eine längere Zugehörigkeit dokumentarisch zu beweisen, großes Prestige. Wesentlich ist aber schließlich nur die Gewißheit der Zugehörigkeit.

Der Däne, der als Gleichberechtigter unter Menschen lebt, die sich mit der inklusiven Gruppe der Deutschen identifizieren, wird keine psychische Trennung empfinden bis zu dem Moment, in dem die Deutschen gewahr werden, daß er Däne ist. Danach tritt unvermeidlicherweise eine Beeinflussung des Verhältnisses ein, nicht durch den Mann, sondern durch das Gruppenkonzept verursacht.

Was ist an der Zugehörigkeit zur inklusiven Gruppe so wichtig, daß ihre Vorenthaltung das soziale Auftreten des Betroffenen verändern und je nach Umständen und Persönlichkeit bei ihm sogar emotionelle Störungen hervorbringen kann? Es ist die Tatsache, daß der Mensch als Gruppenwesen sich nur in der inklusiven Gruppe richtig geborgen fühlt. Die Gruppenzugehörigkeit ist die einzige eisenfeste psychische Sicherheit im Menschenleben. Sie kann unter keinen Umständen entzogen werden. Der Emigrant kann eine andere Staatsangehörigkeit wählen, aber die Identifizierung mit seiner inklusiven Gruppe bleibt bestehen und wird auch auf seine Kinder vererbt. Die Regierung in Rußland kann einem Bürger die sowjetische Staatsangehörigkeit wegnehmen, aber für sich selber wie für die Allgemeinheit bleibt das Opfer ein Russe; sein Problem ist politischen Ursprungs. Dagegen bedeutet die Unmöglichkeit, in eine inklusive Gruppe aufgenommen zu werden, eine psychische Isolierung, die, wie es die Psychologen ausdrücken, das Selbstwertgefühl herabsetzt und damit einen abträglichen Einfluß auf die seelische Stärke erzeugt. Das läßt sich am deutlichsten bei Kindern sehen, für welche die Familie die effektive Gruppe ist. Es bedeutet eine Tragödie für sie, wenn sie sich von der Familie emotionell abgelehnt fühlen. Aber das Prinzip trifft auch für Erwachsene zu, denen die Zugehörigkeit zur inklusiven Gruppe vorenthalten wird. — Keiner in Großbritannien würde dem Juden seine politische Gleichberechtigung abstreiten, dennoch wird er nicht in die inklusive Gruppe aufgenommen, auch wenn seine Familie schon seit Jahrhunderten im Lande ansässig ist. Und damit wird er im Prinzip zu einer

Minderheit.

Das letzte Beispiel beleuchtet einen kritischen Unterschied zwischen dem Kind und dem Erwachsenen. Dem Kinde, das in seiner Familie volle psychische Sicherheit findet, sind Vergleiche mit anderen Familien emotionell bedeutungslos. Für Erwachsene dagegen haben Vergleiche ihrer inklusiven Gruppe mit anderen Gruppen einen bestimmten Sinn. Die psychische Unterstützung, die einer von seiner Gruppe erhält, stuft sich nach den eingebürgerten Vorurteilen und Vorstellungen ab zu sogenannten Stereotypen, die er von der eigenen und anderen Gruppen hat.

Infolgedessen halten sich alle normalen inklusiven Gruppen für einmalig und hervorragend und haben von sich selber eine sehr günstige Stereotype und von anderen eine weniger günstige.

Aus dieser Gruppeneigenschaft geht ein Teil der Schwierigkeiten von Minderheiten hervor. Aus demselben Grunde sind die Kriterien für die Gruppenzugehörigkeit so fest, denn die Gruppe fühlt sich um so sicherer, wenn ihre Kriterien scharf definierbar sind.

Unmittelbar nach dem Kriege war es zum Beispiel jungen deutschen Kriegsgefangenen, die im Nationalsozialismus groß geworden waren und die nichts anderes als ihn kannten, ungeheuer schwierig, ja peinlich, insoweit sie die Überzeugung in sich aufgenommen hatten, der Nationalsozialismus sei etwa wie der christliche Glauben ein Merkmal der Deutschen, auf diese Überzeugung zu verzichten. Viele waren geradezu verzweifelt.

In einem Kriegsgefangenenlager bilden die ersten Insassen eine lose Ansammlung von Menschen, die einsam, mißtrauisch und passiv sind und alle Symptome der sogenannten Stacheldrahtkrankheit bis zu dem Zeitpunkt aufweisen, wo die Aktivisten unter ihnen eine gemeinsame Tätigkeit organisieren und einen Zeitgeist schaffen, den alle erkennen können. Jedes der 1500 Lagereinheiten für Kriegsgefangene in Großbritannien entwickelte eine Gemeinsamkeit und einen Zeitgeist, die ihre Lebensverhältnisse und Einstellungen widerspiegelten und auch von fremden Besuchern erkannt werden konnten. Ob der einzelne Kriegsgefangene auf den Zeitgeist im Lager positiv oder negativ reagierte: er wurde sowieso wie alle anderen dadurch beeinflusst. Auf genau dieselbe Weise entwickelt jedes Volk eine Kultur, eine Skala seiner Werte und einen Lebensstil, die von der Gruppe für richtig und oft auch für einmalige und überlegene Kennzeichen der Gruppe gehalten werden und mit denen sich die Gruppe identifiziert. Diese Identifizierung ist für die Masse um so notwendiger, nicht nur, weil sie dazu beiträgt, daß Selbstbewußtsein des einzelnen aufrechtzuerhalten und die seelische Einsamkeit zu beheben, sondern auch, weil die Gruppenangehörigen dadurch ihre Gruppenzugehörigkeit immer wieder bestätigen und erneuern.

In den Kriegsgefangenenlagern war auch ein letzter Faktor vorhanden: Soweit es die Zustände erlaubten, wollten die Kriegsgefangenen ihr eigenes Los mitbestimmen. Ebenfalls hörte man oft während der Zeit der Militärregierung in Deutschland, wenigstens in der damaligen britischen Zone, die Parole, „Wir wollen nicht gemanaged sein.“

Der Drang nach Gleichberechtigung und Selbstbestimmung ist normal. Er kommt deswegen in Minderheiten besonders stark zum Ausdruck, weil die Identifizierung mit dem Lebensstil, d.h. mit den Normen der Mehrheitsgruppe, weder die Zugehörigkeit zu deren inklusiver Gruppe bestätigt noch dazu berechtigt. Darin liegt ein Kernpunkt der Problematik der Minderheiten.

Das Verhältnis einer Minderheit zu ihrer eigenen *ursprünglichen* Gruppenkultur hängt von ihrer Situation in der Mehrheitsgruppe ab und ist also von Land zu Land unterschiedlich. Seit dem Kriege hat sich in der westlichen Welt eine neue Meinung über die Rechte der Menschen geprägt, und verschiedene Länder haben Gesetze erlassen, um ihren Minderheiten politische Gleichberechtigung, gleiche Chancen und Freiheit von Verunglimpfung wenigstens im Prinzip zu garantieren. Da keines von diesen Gesetzen das zentrale Problem der Gruppenzugehörigkeit gelöst hat, sprechen jetzt viele Sozialpsychologen von der Notwendigkeit, eine neue sogenannte pluralistische Gesellschaft zu gründen, in der die Vertreter verschiedener inklusiver Gruppen innerhalb derselben Staatsorganisation mit gegenseitiger Achtung leben, ohne die eigene Identität zu verlieren. Dabei hofft man, daß die Angehörigen einer solchen Staatsform über die bisherigen Probleme der Gruppenzugehörigkeit hinwegsehen würden. Vorläufig stehen Minderheiten, denen vollständige Gleichberechtigung gegönnt worden ist, vor drei Möglichkeiten:

Erstens können sie versuchen, das psychologische Problem durch Integration in die Mehrheitsgruppe zu lösen. Dies ist in einigen Ländern wie z. B. Großbritannien relativ leicht durchzuführen; neulich las ich in der britischen Presse, daß die jüdische Gemeinde nach Aussage ihrer Führer damit rechnet, alljährlich durch Mischehen oder freiwillige Integration bis zu zehn Prozent ihrer Angehörigen — fast alles aus den Reihen der jüngeren Generation — zu verlieren. Das ist auch normal.

Zweitens können sich die Minderheiten auch mit ihrem eigenartigen Problem abfinden und die Nachteile einfach hinnehmen. Am häufigsten vertreten die älteren Generationen einer Minderheit diese Ansicht.

Schließlich gibt es eine dritte, die weitaus einfachste Möglichkeit, die darin besteht, auf die psychische Sicherheit der eigenen Gruppenzugehörigkeit zurückzukommen und sie durch Betonung der eigenen Kultur zu festigen. Dieses System löst zwar nicht das Kernproblem, aber es reduziert die eventuellen schlechten Folgen auf ein Minimum. Es verlangt auch eine geeignete Führung, um

die natürlichen Tendenzen zur Isolierung und Übertreibung zu hemmen. Minderheiten hat es immer gegeben, und solange die Menschen ständig in Bewegung sind, wird es auch Minderheiten geben. Wechselnd sind nur die Zustände, die Lebensverhältnisse und vor allem die Einstellung der Mehrheitsgruppen den Minderheiten gegenüber.

Das Problem — der eigentliche Grund, warum es überhaupt Minderheiten gibt — ist in der Natur der menschlichen Gruppen verankert und bleibt immer dasselbe. Gibt es für dieses Problem eine Lösung? Gewiß, wenn auch nicht im Handumdrehen: Die Menschen entwickeln sich von selber nach immer größeren Gruppenkonzepten, womit sie sich identifizieren und die es schließlich auch zulassen, daß frühere psychologische Grenzen geschwächt, wenn nicht sogar vergessen werden. Dabei haben die Menschen durchaus recht, soviel Wert auf Zeit zu legen. Denn dieser Prozeß braucht ja viel Zeit. Im engeren Zeitraum, etwa einer Generation, kann durch eine Erklärung der Natur der Gruppen und des Verhältnisses der Menschen zu ihren Gruppen viel erreicht werden, besonders bei Jugendlichen, die auf der Schwelle zur bewußten Integration mit den Erwachsenen einer inklusiven Gruppe stehen.

DAS HAUS FOLKEHJEM IN APENRADE

Das Haus „Folkehjem“ in Apenrade, an der Straße nach Hadersleben gelegen, nimmt in der Geschichte der dänischen Volksgruppe Nordschleswig einen besonderen Platz ein. Es ist nun Sitz des neuen dänischen Grenzforschungsinstituts geworden.

In der deutschen Zeit Nordschleswigs bis 1918 war das Haus seit dem Jahre 1903 der Mittelpunkt der dänischen Arbeit. Seine große Stunde erlebte es, als der Vertreter der dänischen Nordschleswiger im Deutschen Reichstag, Hans Peter

Hanssen, am 17. November 1918 vor einer tausendköpfigen Menge verkündete, daß nach einer Volksabstimmung eine neue Grenze zwischen Deutschland und Dänemark gezogen werden würde.

In der letzten Zeit ist die Bedeutung des „Folkehjem“ nun dadurch gewachsen, daß in einem Seitenflügel die Landesbibliothek eingerichtet ist, und gleich danach wurde durch einen weiteren Ausbau des „Folkehjem“ Raum für das neue Grenzforschungsinstitut geschaffen.

DAS INSTITUT FOR GRÆNSEREGIONSFORSKNING

SVEND AGE HANSEN

Der Plan zur Gründung des Instituts

Der Plan für das „Institut for Grænseregionsforskning“ ist entstanden unter dem Eindruck des immer besser werdenden Verhältnisses zwischen den Nachbarn an der deutsch-dänischen Grenze. Als die Folgen des Beitritts zur EG im Jahre 1972 diskutiert wurden, hat der Kreistag des Kreises Sønderjylland den Vorschlag gemacht, ein wissenschaftliches Institut zu gründen mit der Aufgabe, die Probleme der europäischen Grenzregionen zu studieren und darüber zu informieren. Ganz besonders sollte das Institut sich den Problemen an der deutsch-dänischen Grenze zuwenden. Die Regierung hat wohlwollend den Vorschlag prüfen lassen, und diese Ausschuß wurde gebildet, und als Sachverständige aus dem Grenzland wurden Amtsbürgermeister Erik Jessen und Professor Troels Fink Mitglieder des Ausschusses.

Die Verhandlungen führten bald zur Einigung darüber, daß allgemeines Interesse damit verbunden war, die Probleme der Grenzregionen näher zu studieren. Zwar waren die wirtschaftlichen Aussichten dafür nicht die besten. Nach dem gewaltigen Ausbau der Forschungseinrichtungen der sechziger Jahre war man mehr interessiert, die Effektivität bestehender Institutionen zu verbessern, als neue zu gründen.

Es war deshalb etwas Besonderes, daß der Ausschuß die Errichtung eines selbständigen Forschungsinstituts empfahl. Das neue Institut wurde nicht nur selbständig, sondern auch unabhängig im Verhältnis zu den bestehenden Universitätsstrukturen. Als Standort wurde Apenrade gewählt. Diese Entscheidung zur Standortfrage war dadurch begründet, daß eine Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden als wünschenswert angesehen wurde und daß es notwendig war, unmittelbare Verbindungen zu den Forschungsgegenständen herzustellen. Es war auch mitentscheidend, daß in dem Gebäude „Folkehjem“ gute Lokalitäten vorhanden waren.

Das Institut hat als Aufgabe, wissenschaftliche Forschung über alle Seiten der Problematik, die in Grenzgebieten vorhanden sind, vorwiegend in Europa, zu betreiben und darüber Informationen zu vermitteln. Der Begriff Grenzregion ist im weitesten Sinn aufzufassen. Das Institut kann sich mit Problemen, die durch Staatsgrenzen, Sprachgrenzen oder ethnische Grenzen bedingt sind, beschäftigen, und die Themen können sich auf alle Gebiete der Gesellschaftswissenschaft und der humanistischen Wissenschaft erstrecken. Außerdem kann das Institut Forschung mit Hinblick auf die europäische Integration und die europäische Zusammenarbeit durchführen. Es ist die Aufgabe des Instituts, laufend Informationen über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den deutsch-dänischen Grenzregionen zu sammeln und darüber zu informieren.

In wenigen Worten zusammengefaßt, soll das Institut sich also für die europäischen Grenzregionen, für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und für die allgemeine Entwicklung an der deutsch-dänischen Grenze interessieren. Mehr abstrakt ausgedrückt, hat

die Arbeit des Instituts eine europäische Dimension auf der lokalen Ebene. Die Mittel für das Institut sind für eine fünfjährige Periode gesichert, und sie werden im Laufe dieser Jahre abgestuft werden, indem man die Erwartung hegt, daß das Institut Forschungsaufträge von außen bekommen wird. Das Institut hat also fünf Jahre erhalten, um seine Daseinsberechtigung zu beweisen. Heute kann nur gesagt werden, daß die Arbeit gut angelaufen ist, daß die jungen Mitarbeiter mit Energie ihre Aufgaben anpacken, und ich hege zuversichtlich die Erwartung, daß das Institut nach fünf Jahren als ein unentbehrlicher Bestandteil im Leben des Grenzlandes empfunden wird.

ERIK JESSEN

Das Ziel: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die ersten Erörterungen über eine mögliche Errichtung eines Instituts für Grenzregionsforschung wurden in demjenigen Kreis von Personen vorgenommen, die sich um das neue Kulturhaus „Folkehjem“ in Apenrade gesammelt hatten, weil ein Interesse daran bestand, dieser Institution neue Tätigkeiten in Übereinstimmung mit deren althergebrachten Traditionen und der neuen Ära der Grenzregion zuzuweisen. Auf Grund dessen entstand in einer Zusammenarbeit zwischen dem Staat und dem Amtsråd Sønderjylland das „Institut für Grenzregionsforschung“. Die Durchführung dieses Projekts hat einige Zeit in Anspruch genommen, da die öffentliche Forschung meist mit staatlichen Geldern durchgeführt wird und außerdem gewöhnlich im Anschluß an Universitäten oder andere bereits bestehende Bildungseinrichtungen vorgenommen wird. In diesem Fall ist es gelungen, das Institut als ein selbständiges zu errichten, wofür der Geldaufwand auf den Staat und den Kreis Sønderjylland im Verhältnis 1:1 verteilt wird. In den Erörterungen, die im Amtsråd stattgefunden haben, war die Einstellung zur Durchführung des Projekts überwiegend positiv.

Es ist somit etwas Außergewöhnliches, daß das Institut diesen selbständigen Stand erreicht hat. Außergewöhnlich ist es auch, daß es seinen Sitz im Folkehjem erhalten hat. Seitens des Amtsråds hat man es sich angelegen sein lassen, daß das Institut in Nordschleswig und nicht etwa im Anschluß an eine Universität, z. B. in Aarhus oder Odense, seinen Sitz erhalten hat. In dieser Verbindung haben wir ein besonderes Gewicht darauf gelegt, daß diejenigen Forscher, die hier tätig sind, auch alltäglich am Leben in der Grenzregion teilnehmen. Schließlich war uns die Errichtung in Apenrade schon deshalb sehr wichtig, weil dadurch die Möglichkeit gegeben ist, mit den entsprechenden Körperschaften, Behörden oder Einzelpersonen auch südlich der Grenze Verbindung aufzunehmen.

Es ist unser Wunsch, daß dieses Institut eine zusätzliche Zusammenarbeitsmöglichkeit in der Grenzregion darstellt.

Unser Interesse an dem Projekt läßt sich wohl leicht verstehen. Während der letzten etwa zwanzig Jahre haben sich die Verbindung und die grenzübergreifende Zusammenarbeit erheblich ausgedehnt. Dies ist zwar eine erfreuliche Entwicklung, es hat sich aber bereits herausgestellt, daß wir uns in vielen Bereichen zu wenig kennen und auch von den gegenseitigen Verhältnissen zu wenig wissen. Hier fehlt uns der gegenseitige Informationsaustausch. Weiterhin fehlen uns vergleichbare Ziffern und Auskünfte. Es fehlt

uns eine Bewertung der wirtschaftlichen, sozialen und gewerblichen Zustände, Unterschiede und vieles andere mehr. In der neuen europäischen Lage fehlt uns die Aufklärung über Gegebenheiten und Entwicklungsstufen der übrigen europäischen Grenzregionen.

Schon mancher hat mich gefragt, ob dies wohl eine Aufgabe des Amtsraads sein könne. Meiner Ansicht nach ist es so, und dies schon deshalb, weil wir es sind, die hier wohnen und somit mit den nahen Problemen leben müssen. Wir sind ja auch verpflichtet, jedenfalls einen Teil davon zu lösen.

Wir sind darum sehr zufrieden, daß dieses Institut seinen Sitz hier in Nordschleswig gefunden hat. Ich hoffe, daß dies die grenzübergreifende Zusammenarbeit fördern wird, und außerdem hege ich die Hoffnung, daß sich das Institut in ein neues Instrument entwickeln wird, nicht nur, wenn wir die wichtigeren Linien der Entwicklung erörtern, sondern auch, wenn wir von Zeit zu Zeit zu den laufenden Problemen und Aufgaben des Alltags Stellung nehmen müssen.

Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses neue Institut, das ja mit Herrn Professor Troels Fink einen hervorragenden Kenner der grenzregionalen Verhältnisse als Leiter bekommen hat, eine neue grenzübergreifende Zusammenarbeitsmöglichkeit bilden wird.

Die schleswigschen Grenzregionen

Der Name „Institut for Grænseregionsforskning“ ist lang und etwas schwerfällig, besagt aber genau, worin die Aufgabe des Instituts besteht. Es will sich auf wissenschaftlicher Grundlage mit den Grenzregionen beschäftigen, vorwiegend den europäischen. Die deutsch-dänischen Grenzregionen werden besonders berücksichtigt werden.

Grenzregionen ist ein modernes Wort. Es ist unbelastet von den Assoziationen, die mit den Wörtern „Grenzland“ oder „Grenzkampf“ verbunden sind. Bei der Wahl des Namens war es auch mitentscheidend, daß man dadurch eine gewisse Distanz zu den Gegensätzen der vergangenen Zeit angeben konnte. Das „Institut for Grænseregionsforskning“ wird sich mit den Problemen, die an den Grenzen Europas in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, beschäftigen. Diese Probleme unterscheiden sich grundlegend von den Grenzproblemen aus der Zeit von 1945, nicht nur, weil jetzt an den westeuropäischen Grenzen der Friede vorherrscht, sondern auch, weil dort eine Zusammenarbeit entstanden ist, und zwar auf eine Art und Weise, wie man es früher nicht gekannt hat. Die Völker Europas sind traditionell kriegerisch und kampffreudig gewesen. Die Grenzen Europas sind im Laufe der Geschichte jeweils mit den wechselnden Siegen und Niederlagen verschoben worden, und die Bewohner der Grenzregionen lebten in dauernder Furcht vor dem nächsten Krieg. Ihr Alltag war durch militärische Vorbereitungen geprägt, öffentliche Anlagen — was man heutzutage die Infrastruktur nennt — wurden weitgehend unter strategischen Gesichtspunkten geschaffen, zum größtmöglichen eigenen Vorteil und zum größtmöglichen Nachteil des potentiellen Feindes. Der Nachbar wurde in vielen Fällen als Feind aufgefaßt, und die psychologische Kriegsbereitschaft wurde als ebenso wichtig angesehen wie die materielle.

Dies alles ist in Westeuropa vorbei; es war vorbei, als die NATO errichtet wurde. Die Probleme der Grenzregionen wurden weiter verschoben, als der Europarat und später der Gemeinsame Markt mit ihrer ausgleichenden Arbeit angingen. Besonders die EG hat in den Grenzregionen neue Verhältnisse geschaffen. Die gemeinsame Mitgliedschaft hat auf vielen Gebieten eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit herbeigeführt. Man sprach früher von den „blutenden“ Grenzen, jetzt kann man eher von den vernarbten Grenzen sprechen. Diese allgemeine europäische Perspektive wird bei der Arbeit des Instituts festgehalten werden.

Die nächstliegenden Probleme werden aber die größte Aufmerksamkeit auf sich

lenken, das heißt, die Probleme in den deutsch-dänischen Grenzregionen. Man könnte sich zuerst die Frage stellen, um welche geographischen Gebiete es sich handelt. Für die nördliche Grenzregion an der deutsch-dänischen Grenze ist die Antwort verhältnismäßig einfach: Sie besteht aus dem Kreis Sønderjylland oder Nordschleswig. Der Kreis Sønderjylland hat südlich der Grenze zwei Nachbarkreise, im Westen den Kreis Nordfriesland und im Osten den Kreis Schleswig-Flensburg, und in diesem Kreis eingebettet liegt die kreisfreie Stadt Flensburg als der natürliche Mittelpunkt für ganz Südschleswig oder für den Landesteil Schleswig, wie der offizielle Name lautet.

Südschleswig umfaßt aber geschichtlich gesehen mehr als diese drei Einheiten, nämlich auch den alten Kreis Eckernförde und den nördlichen Teil des Kreises Rendsburg. Diese beiden Kreise wurden 1970 zusammengelegt; der Schwerpunkt des jetzigen Kreises Rendsburg-Eckernförde liegt im Holsteinischen. Praktisch gesehen darf man wohl sagen, daß die beiden südlichen Nachbarkreise zum Kreis Sønderjylland und die kreisfreie Stadt Flensburg die Einheit bilden, die im engeren Sinn als die Grenzregion auf der deutschen Seite der Grenze betrachtet werden kann.

Dieses begrenzte Südschleswig bildet aber keine organische Einheit. Die beiden Kreise und die Stadt Flensburg stehen in demselben Verhältnis zu der Landesregierung in Kiel wie die anderen Kreise des Landes. In vielen praktischen Zusammenhängen muß man deshalb das Land Schleswig-Holstein als die nördliche deutsche Grenzregion betrachten. Es ist deshalb zweckmäßig, mit Grenzregionen im engeren Sinne und im weiteren Sinne zu rechnen.

Blickt man aber von dem Kreis Sønderjylland, der dänischen Grenzregion im engeren Sinne, nach dem Norden, um hier eine erweiterte Grenzregion zu finden, so blickt man vergebens. Jütland bildet hier keine mit dem Land Schleswig-Holstein vergleichbare Einheit, obwohl die Einwohnerzahl ungefähr die gleiche ist. Man hat bei gewissen Überlegungen über eine Regionseinteilung in Dänemark von einer südjütischen Region gesprochen, und zwar die Kreise Ribe, Vejle und Sønderjylland umfassend, und in gewissen praktischen Verbindungen könnte es ratsam sein, diese drei Kreise mit ungefähr 750 000 Einwohnern als die erweiterte dänische Grenzregion zu betrachten.

Die engere dänische Grenzregion und die erweiterte deutsche, beziehungsweise der Kreis Sønderjylland und das Land Schleswig-Holstein, sind klare und gut definierte Begriffe. Die engere Grenzregion südlich der Grenze und die erweiterte Grenzregion nördlich davon sind es eben nicht. Dieser Unterschied in der staatsrechtlichen Organisation kann dazu führen, daß die Gesprächspartner auf beiden Seiten der Grenze es schwierig haben werden, einander zu finden. Es ist eine natürliche Aufgabe des „Instituts for Grænseregionsforskning“, sich mit dem gesellschaftlichen Aufbau in den beiden Gebieten zu beschäftigen, um den Weg

für die notwendigen Gespräche über die Grenze zu ebnen.

Bei einer Betrachtung der beiden Grenzregionen im engeren Sinne bemerkt man leicht, daß diese zusammengenommen grob gesagt das alte Herzogtum Schleswig ausmachen. Nur das südlichste Gebiet von Schleswig und die Insel Fehmarn liegen draußenvor.

Nun soll sofort erwähnt werden, daß das neue Institut nicht die Aufgabe hat, alte schleswigsche Tendenzen wiederzubeleben. Die ganz natürliche Voraussetzung für die Arbeit des Instituts ist die heutige Staatsgrenze, und der unmittelbare Hintergrund für die Errichtung ist der Bedarf einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. So schnell kann man aber eine mehr als 1000jährige geschichtliche Entwicklung nicht abtun. Es gilt immer noch eine schleswigsche Hypothek zu verzinsen und abzutragen. Will man die Verzinsung dieser Hypothek veranschlagen, dann kann man darauf hinweisen, wieviel Geld von dänischer und von deutscher Seite jedes Jahr für die beiden Minderheiten bereitgestellt wird. Die Minderheiten sind lebende Zeugnisse der geschichtlichen Entwicklung, und sie bilden ein natürliches Glied des Lebens im alten Herzogtum Schleswig. Die Minderheiten sind Bestandteile der Grenzregionen neben anderen. Es ist nicht die Aufgabe des Instituts, die Minderheitenprobleme isoliert zu behandeln, aber es ist auch nicht die Absicht, sie auszuklammern.

Das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit in den Grenzräumen ist ständig im Fluß, das Verhältnis zwischen den beiden Mehrheitsbevölkerungen auf beiden Seiten der Grenze ist es ebenso. Dieses Verhältnis ist in den letzten Jahrzehnten sehr verbessert worden, und nicht zuletzt ist dies durch die Klärung der Minderheitenfragen im Jahre 1955 erreicht worden. Das Jahr 1973, als Dänemark Mitglied der EG wurde, bildet auch einen Wendepunkt in dem Verhältnis zwischen den Mehrheitsbevölkerungen im deutsch-dänischen Grenzraum. Die beiden Erklärungen über die Minderheiten des Jahres 1955 sind weitgehend aufeinander abgestimmt, sie sind jedoch nicht gegenseitig voneinander bedingt, sie bilden keinen Vertrag, und man hat also im Jahre 1955 keine gegenseitige Anerkennung der deutsch-dänischen Grenze verabredet; nichtsdestoweniger ist man damals von den bestehenden staatsrechtlichen Gegebenheiten ausgegangen. Der Sinn der Erklärungen besteht darin, daß keiner der beiden Partner die respektiven Minderheiten zu einer Politik ermuntern will, die gegen einen der beiden Staaten gerichtet ist, gern will man aber die kulturelle und soziale Arbeit der Minderheiten unterstützen.

Man kann nicht mit Erklärungen dieser Art Gesinnung und Haltung der Bevölkerungen verändern. Viele waren im Jahre 1955 zurückhaltend und skeptisch gegenüber der Absicht, die hinter den Verhandlungen steckte. Soll man aber kurz die Entwicklung in den schleswigschen Grenzregionen in den letzten Jahrzehnten kennzeichnen, so muß man zugeben, daß die Absicht mit den

Minderheitenerklärungen des Jahres 1955 in hohem Grade erreicht worden ist. Die Minderheiten können sich frei entfalten, vor allem aber hat sich zwischen den Mehrheitsbevölkerungen ein viel freundlicheres Klima entwickelt, als man es seit kaum 150 Jahren gekannt hat.

Diese Entwicklung ist von größter Bedeutung gewesen als Hintergrund für die entscheidende Änderung, die am 1. Januar 1973 eintrat, als Dänemark Mitglied der EG wurde. Die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde nach 1973 erkannt. Es zeigte sich auch, daß der Wettbewerb im Grenzraum verstärkt wurde. Es hat sich übrigens auch gezeigt, daß die nationalen Minderheiten sich mit den Gesichtspunkten der Mehrheiten identifizieren, wenn es um die wirtschaftlichen Interessen geht. Solche Interessen besitzen eine integrierende Kraft.

Die notwendige Zusammenarbeit über die Grenze hinweg kann in vielen verschiedenen Formen abgewickelt werden. So hat man z. B. an vielen europäischen Grenzen besondere staatliche Kommissionen eingesetzt, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern. Die Bundesrepublik hat Übereinkünfte mit all ihren nichtkommunistischen Nachbarn über die Bildung solcher Kommissionen getroffen, nur nicht mit Dänemark.

Wir Dänen sind zurückhaltend, wenn es um die Institutionalisierung der Zusammenarbeit geht. Es muß aber betont werden, daß wir nicht gegen eine Zusammenarbeit sind, nur zurückhaltend bei der Institutionalisierung. Wir benutzen die vorhandenen Möglichkeiten für eine Kooperation, und haben wir dafür nicht die notwendigen Organe, können wir solche schaffen. Das schließt nicht aus, daß man einen gewissen Rahmen für die Kontaktaufnahme zwischen den Grenzkreisen südlich der Grenze und dem Kreis Sønderjylland verabreden kann. Es ist aber bei dieser Gelegenheit, wo wir das „Institut for Grænseregionsforskning“ unseren deutschen Nachbarn vorstellen, naheliegend, darauf hinzuweisen, daß das Institut als ein *dänisches* Organ für grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Institutionen und Personen südlich der Grenze gedacht ist. Ganz natürlich geben wir Prioritäten den Kontakten zu den unmittelbaren Nachbarn, und es ist mir eine Freude, mitteilen zu können, daß wir am 21. und 22. Februar die erste Konferenz mit Kollegen aus Kiel und Flensburg über regionale Planung und Wirtschaftsförderung veranstaltet haben, und wir hoffen, daß diese Konferenz die Einleitung zu einer guten Zusammenarbeit werden wird. Dabei vergessen wir nicht die europäischen Dimensionen.

Wie schon früher erwähnt, sind die beiden schleswigschen Grenzregionen fest in dem Gesellschaftssystem ihrer beiden Nationalstaaten verankert, sie bilden aber die Kontaktflächen der beiden Staaten einander gegenüber.

Die Mitgliedschaft Dänemarks in der EG hat sowohl die Zusammenarbeit als auch den Wettbewerb gesteigert. Das haben wir in der letzten Zeit erlebt, weil die

Harmonisierung von Steuern und Abgaben, die eine Voraussetzung für eine zweckmäßige Entwicklung des Gemeinsamen Marktes bildet, sich verzögert hat. Bei Untersuchungen über die Bedeutung dieser unterschiedlichen Abgaben im Grenzverkehr will das Institut gern mitwirken, nicht zuletzt durch vergleichende Untersuchungen über die Verhältnisse an anderen europäischen Grenzen. Die Probleme der Einzugsbereiche der Städte gehören auch mit dazu.

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß das Institut sich vorwiegend mit aktuellen Aufgaben beschäftigen wird. Nichtsdestoweniger ist die erste Publikation des Instituts einem geschichtlichen Thema gewidmet. Die erste Publikation ist eine Vorarbeit für eine größere Darstellung der Teilung Schlesiens in den Jahren 1918—20. Die Arbeit hat den Titel: „H. P. Hanssen als Mitglied der Regierung Zähl im Jahre 1919“¹. Von einem aktuellen Gesichtspunkt aus kann man darauf hinweisen, daß die schlesischen Grenzregionen im Jahre 1920 ihre heutige Gestalt erhielten. Ich möchte aber feststellen, daß das Manuskript im großen und ganzen vorhanden war, als das Institut seine Arbeit aufgenommen hat; es ist also nicht im eigentlichen Sinne ein Ergebnis der Tätigkeit des Instituts.

Als Vorwort enthält die Schrift eine Präsentation des Instituts. Die Schrift ist auch kennzeichnend dafür, daß unser neues Institut mit diesem Landesteil eng verbunden ist. Wir sind auch gegenüber den Traditionen des Landesteils verpflichtet, und es ist mir lieb, daß der Name H. P. Hanssens mit der ersten Schrift des Instituts verbunden ist. Bis jetzt ist die Arbeit mit den Grenzproblemen der Jahre 1918—20 die einzige auf dem humanistischen Fachgebiet. Nach den Statuten kann das Institut sich aber sowohl humanistischen als auch gesellschaftswissenschaftlichen Aufgaben zuwenden. Es scheint ein gewisses Interesse vorhanden zu sein, die Verhältnisse in doppelsprachigen Räumen wissenschaftlich zu erfassen. Sollte ein solches Interesse klar zum Ausdruck kommen, ist das Institut bereit, sich auch mit solchen Problemen zu beschäftigen. Wenn das Wort „klar zum Ausdruck kommen“ verwendet wird, dann deshalb, weil das Institut auf längere Sicht seine Existenz durch Aufträge von außen aufbauen muß. Vorläufig haben sich Staat und Kreis darüber geeinigt, das Institut für eine fünfjährige Periode zu sichern. Im Laufe dieser fünf Jahre werden die Geldmittel abgestuft in der Erwartung, daß das Institut Aufgaben für andere übernehmen kann. Ob dies gelingen wird, ist noch nicht abzusehen. Vorläufig konzentrieren wir alle Kräfte auf die Aufgaben, mit denen wir begonnen haben. Um es kurz zu fassen, das Institut hat fünf Jahre Zeit bekommen, um seine Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen. Es ist für mich naheliegend, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß uns dies gelingen wird.

¹ Siehe hierzu die Buchbesprechung auf Seite 37

*

Die vorstehenden Beiträge von Prof. Svend Age Hansen, Amtsbürgermeister Erik Jessen und Prof. Troels Pink sind die Wiedergabe von Ansprachen, die anlässlich der Eröffnung des „Instituts for Grænserregionsforskning“ am 11. Februar d. J. vor geladenen deutschen Gästen gehalten wurden.

In dem Aufsatz von Wilhelm C. Hambach „Nur Augen für das Schöne in der Welt“ im Grenzfriedensheft 4/1976, in dem das künstlerische Werk der beiden bekannten heimischen Maler Hans Busch-Alsen und Hans Holtorf gewürdigt wurde, ist das hier nochmals wiedergegebene Selbstbildnis durch ein Mißgeschick versehentlich als das von Hans Holtorf gekennzeichnet worden. Es stellt jedoch Hans Busch-Alsen dar, wie unsere aufmerksamen Leser es vielleicht schon selbst bemerkt haben werden.

NEUE SCHLESWIGSCHE LITERATURBRIEFE

1/1977

Ein Brief an Willy August Linnemann aus Anlaß seines neuen Romans

„Lyset mellem træerne“

Lieber Herr Linnemann! Der Verlag Gyldendal-Kopenhagen sandte uns Ihren neuen Roman „Lyset mellem træerne“, der mit seinem schönen Umschlagbild aus der Marienhölzung von Austrin Grandjean wirklich das „Licht zwischen den Bäumen“ eingefangen hat und in der bekannten gediegenen Ausstattung sich in sympathischer Weise dem Leser vorstellt.

Erlauben Sie mir bitte, in diesem Falle eine andere Form der Rezension als die übliche zu wählen, nämlich die eines Briefes, weil der Roman mir so hautnah dem heutigen eigentlichen Geschehen in der schleswigschen Region zu entsprechen scheint, daß man als Zeitgenosse befangen gelten kann, wenn man die übliche Kategorie der Besprechungen anwendet. Zudem gibt die Briefform die Hoffnung auf eine Antwort, sei es ebenfalls in einem Brief, sei es auf andere Weise.

Dennoch lassen Sie mich zunächst einige Bemerkungen, die aus der klassischen Aufgabe einer Buchbesprechung heraus nötig sind, auch in diesem Falle machen, nämlich Bemerkungen zum Inhalt und zur Form. Orte der Handlung sind wieder Flensburg und Harrisleefeld — besser allerdings umgekehrt, denn der Roman vertrüge zu Recht den Untertitel „Heimweh nach Harrisleefeld“. Auf diesem Schauplatz spielt sich das äußere Geschehen, indem Sie in sechs Geschichten die Lebensläufe von sechs Hauptpersonen mit ihren Nebenpersonen schildern. Dadurch, daß Sie diese in den verschiedensten Berufen und Lebenskreisen ansiedeln, erreichen Sie ein breites Spektrum soziologischer Betrachtung. Auf diese Weise sind Sie „in“. Auch ein kritischer Leser wird zugeben müssen, daß Sie das gut gemacht haben, denn Ihre Erfindungen und Phantasie entfalten sich, wie ich meine, in besonders lebhafter Weise. Sie lassen diese Lebensläufe sich in der Zeit von 1915 bis 1975 abspielen und geben dadurch zu erkennen, daß dieser Zeitraum in geradezu dramatischer Weise Inhalte schleswigschen Lebens komprimiert, freilich dramatisch, wie man es in Schleswig versteht, das heißt trotz allem dann doch auch wohltemperiert.

Aber 1914, 1920, 1933, 1945, 1955, das sind schon Zahlen, die dem Kundigen hierzulande etwas sagen, wenn er am Verhalten des Menschen dieses Raumes in jenen Einschnittsjahren etwas studieren will. Das alles erzählen Sie in bewährter

Weise unter Zuhilfenahme der Rahmentchnik, also des Zusammenbindens mehrerer Geschichten unter einer Direktion, wie sie seit Boccacios Zeiten immer wieder mit Erfolg angewandt wurde.

Lassen Sie mich nun aber den dritten Teil einer Besprechung, nämlich die Frage nach dem Sinn, nach dem Gehalt ihres Buches in Briefform fortführen.

Mir scheint, lieber Herr Linnemann, daß Ihr neues Buch fast brisant ist, jedenfalls, wenn man es als Angehöriger einer der beiden nationalen Minderheiten an unserer Grenze liest. Sowohl positive als auch negative Kriterien des geistigen Lebens der schleswigschen Bevölkerung werden von Ihnen aufgezeigt. Doch eines zeichnet Ihren neuen Roman besonders aus: Sie beschreiben das Leben hierzulande, wie es ist, nicht wie es sein sollte — oder wie es archaische Festredner gerne sähen. Das ist zweifelsohne ein Vorzug, verpflichtet den Autor aber auch zur Verdeutlichung eigener Standpunkte. Da ich Sie als einen offenen und immer gesprächsbereiten Partner des deutsch-dänischen Dialoges kenne, gebe ich mich der zuversichtlichen Hoffnung einer Antwort auf meine „Anmerkungen“ in diesem Briefe hin, die zu verlangen mir natürlich nicht zusteht.

1. In der ersten Geschichte lassen Sie Ihre Hauptperson Unzufriedenheit mit der Grenzziehung von 1920 äußern und unterlegen ihr in einem Selbstgespräch das Folgende:

„Wäre eine Regionalgrenze an der Königsau im Norden oder an der Eider im Süden gezogen worden, so hätte das schleswigsche Gebiet ungeteilt bei dem deutschen oder dänischen Staat verbleiben und Flensburg weiterhin die natürliche und gesunde Hauptstadt sein können, nun aber! Nun waren alle traurig.“ Später, in der dritten Geschichte, greifen Sie das Thema mit Bezug auf 1945 wieder auf und lassen nunmehr die Hauptfigur folgendes sagen: „Die Reichsdänen wagten ja nicht [eine neue Grenzziehung], als es zum Schwur kam — aus Angst vor den Folgen, wenn auch heute erkennbar ist, daß es nun, da die Bundesrepublik und Dänemark sich im selben europäischen Kuchenteig befinden, gar nichts ausgemacht hätte.“

Wenn ich nicht irre, sprechen Sie hier sehr persönliche Empfindungen aus; aber gehen Sie nicht zu schnell über eine Realität hinweg, die noch heute wirkt und darin bestand, daß um die Grenze von 1920 unsere Väter und Großväter erbittert gerungen haben? Hätte hier das Garn nicht breiter ausgesponnen werden müssen?

2. Nach dieser eher kritischen Frage ein Kompliment. In der zweiten Geschichte spricht Ihre Hauptperson in der Erinnerung an die Schule: „Nun hat ganz sicherlich die Gesellschaft andere Symbole erhalten, aber die Realität blieb trotzdem dieselbe. Auch heute müssen junge Menschen für die Gesellschaft und die Menschheit begeistert werden.“ — In der Tat! Und ich beeile mich, Ihrer melancholischen Feststellung aus der gleichen Geschichte zu folgen: „In der Nazizeit konnten wir alle auf bessere Zeiten hoffen; und heute? Insbesondere

während des Zweiten Weltkrieges konnten wir auf eine bessere Welt nach dem Waffenstillstand hoffen, eine Welt voller geistiger Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit, und heute? Nun, da wir eiligst auf dem Wege zur technokratischen Gesellschaft uns befinden!“ Wohl nicht nur dies, sondern erneut Grund haben, die Barbarei zu fürchten.

3. Die Umsicht, mit der Sie Ihres Amtes als Chronist walten, wenn Sie „Stimmungen“ wiedergeben, ist von dem Gefühl für echten literarischen Rang geprägt. Sie lassen den Pastor in Ihrer vierten Geschichte sagen: „Deshalb ist es purer Unsinn zu sagen, daß der Nazismus ein speziell deutsches oder schleswigisches Phänomen sei. Der Nazismus ist im Gegenteil eine allgemein menschliche Erscheinung und bricht unweigerlich dann aus, wenn eine Gesellschaftskrise die andere ablöst.“ Überflüssig, zu betonen, daß eine solche Feststellung für niemanden als Entschuldigung gilt. Daß Sie in der gleichen Geschichte Ihrem Volk tadelnd sagen, daß es der Versuchung erliegt, sich wie etwa die Griechen oder Juden auch als ein auserwähltes Volk zu betrachten, spricht für Ihr Wissen um das ökonomische Gesetz in der Verwaltung des Ressentiments.

4. Doch zurück zu unseren Breitengraden. In der genannten Geschichte spricht der Pastor einmal von seiner verstorbenen Frau und der gemeinsamen Reaktion auf den Nachkriegszeitgeist im Landesteil Schleswig: „Tove wurde weniger dänisch und mehr deutsch und damit zu einer neuen Spielart des Schleswigers, während ich weniger deutsch und mehr dänisch wurde. So kann es geschehen, so geschieht es oft in einer Periode der Selbsterkenntnis nach einem grauenvollen Krieg.“

Ist dies die ganze Wahrheit? Gab es 1945 z. B. nicht deutliche Bemühungen bei den deutschen Nordschleswigern, die eine Vertiefung und Verinnerlichung nationalen Denkens signalisierten? Freilich, wenn Sie dann in Ihrer letzten Geschichte erzählen, daß Fritz Weizenkorn sich angelegentlich nach schwedischen Verhältnissen erkundigt und ihn dann fortfahren lassen „daß hier in der Stadt [in Flensburg] die Leute sehr preisbewußt seien, nicht nur als Verbraucher, sondern auch auf dem politischen, dem nationalen, dem sozialen, ja sogar dem religiösen Gebiet“, dann fließen bei Ihnen regionale Strömungen mit solchen des sogenannten Zeitgeistes zusammen.

Und dann melden sich bei Ihren Lesern Fragen. Nicht, daß ich ein „Programm“ von Ihnen erbitte, das wäre ja ein Wunsch nach Tendenzliteratur, aber wären die besten Gedanken beider Minderheiten heute nicht auch einer Erwähnung durch den Zeitgenossen Linnemann als eines klugen Mittelsmannes wert? Verdienen diese Gedanken, die in das Bekenntnis zum eigenen Volk — zum deutschen oder dänischen, aber auch mehr oder weniger deutlich in die Bereitschaft zu dem Staat münden, in dem man wohnt — nicht auch und gerade eine Pointierung durch Sie? Sie haben in Ihren sieben Romanen der Geschwister Schleswiger etwas von dem Schutt der Geschichte weggeräumt und das geistige Gelände neu planiert. Würde es Sie reizen, auf Grund Ihrer Zustandsbeschreibungen einen Ausblick in die

Zukunft zu tun? Sie sind, dessen freuen wir uns, der Meinung, daß das schleswigsche Problem sich auch heute nicht darin erschöpft, in welchem der glitzernden Supermärkte man hüben und drüben am besten einkauft, und Sie sind sicher der Meinung, daß es von jeder Generation neu durchdacht und erlebt und gestaltet werden muß — und dies im Einklang mit der Geschichte, mit der Tatsache, daß es Deutsche und Dänen zwischen der Königsau und der Eider gab, gibt und hoffentlich auch weiterhin geben wird.

Und noch eins: Ein deutscher Dichter unserer Zeit beschreibt seinen eigenen dichterischen Auftrag und beschließt seine Gedanken und Bilder mit dem Vers „Du bist in Pflicht genommen, such Dein Land.“ Sie fühlen auch, Herr Linnemann, daß Sie in unserer Region eine Pflicht haben. Das spüren wir, Ihre Leser. Aber ich bitte Sie, uns es nicht zu verübeln, wenn wir von Ihnen erhoffen, daß Sie Ihr kluges Wort von der technokratischen Gesellschaft differenzierter sagen. Noch ist der Geist nicht aus der Welt gewichen. Gerade Sie tragen zur Erkenntnis der freilich gefährdeten Situation bei. Aber die Erkennung einer Gefahr kann doch auch der Beginn ihrer Überwindung sein.

Sie, der Sie aus Harrisleefeld kommen, dichten in dänischer Sprache. Ihr deutscher Landsmann Axel Henningsen aus Hadersleben, der aus einer dänisch geprägten Familie kam, schrieb seine Erinnerungen in deutscher Sprache und ließ sie nach klugen Worten über die Zweiströmigkeit in ein klares deutsches Bekenntnis ausmünden. Würde es Sie nicht reizen, sich zur Lebenskraft des Human-Nationalen in unserer Zeit zu äußern, vielleicht auch dazu, daß Grundtvig und Kierkegaard zwei Seiten der gleichen Medaille sind, und daß wir Schleswiger, seien wir nun deutsch oder dänisch, dann auch sehr bewußt das Wort des Deutschen Fichte beherzigen sollten, wenn er die Forderung erhebt, daß man eines jeden Mannes Vaterland achten, das eigene aber lieben möge.

Mit freundlichem Gruß

*Ihr
Hans Peter Johannsen*

Das deutsch-dänische Kontaktforum

Ein pragmatischer Schritt nach vorn

Die grenzüberschreitende deutsch-dänische Zusammenarbeit hat nun einen weiteren pragmatischen Schritt nach vorn getan: Das deutsch-dänische Kontaktforum, dem sowohl die Vertreter der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, der Stadt Flensburg und als auch der Amtskommune Nordschleswig angehören, trat im Apenrader Folkehjem zu seiner ersten Sitzung zusammen. Amtsbürgermeister Erik Jessen stimmte mit den Landräten Korthals und Klaus Petersen ebenso wie mit Flensburgs Oberbürgermeister Adler darin überein, daß dieses Kontaktforum für den grenzüberschreitenden Dialog von Bedeutung sei.

In Apenrade fand zunächst eine gegenseitige Orientierung über die Regionalplanung südlich und nördlich der Grenze statt. Der Landrat von Schleswig-Flensburg, Gernot Korthals, unterstrich, das Verfahren zur Regionalplanung sei auf beiden Seiten der Grenze unterschiedlich, doch hoffe er, daß aus der gegenseitigen Information allmählich eine Abstimmung entstehen kann. Breiten Raum in der Diskussion über Regionalplanung nahm die Frage der Bevölkerungsentwicklung in Süd- und Nordschleswig ein. „Angesichts der jüngsten Bevölkerungsentwicklung sind wir gezwungen, unsere Planungsgrundlage nach unten zu korrigieren. Erst vor wenigen Jahren durchgeführte Investitionen in die Infrastruktur drohten sich als Fehlinvestition zu erweisen, denn die Bevölkerungsentwicklung ist für den Schleswiger Raum sehr gefährlich“, erklärte Landrat Korthals. Amtsbürgermeister Erik Jessen sagte dazu: „Wenn wir von unseren Freunden südlich der Grenze etwas lernen wollen, dann vielleicht die Tatsache, daß wir in unseren Bevölkerungsprognosen zu optimistisch sind.“ Auf die Frage, ob bei den Erörterungen Flensburg als Oberzentrum für Nord- und Südschleswig zur Debatte gestanden habe, antwortete Oberbürgermeister Adler diplomatisch: „Das Oberzentrum habe sich sehr zurückgehalten.“

Die Sitzung brachte bereits erste praktische Ergebnisse: Auf Anregung der Stadt Flensburg wurde vereinbart, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die eine Untersuchung über die Einzugsbereiche zentraler Orte in Nordschleswig und im Landesteil Schleswig vorbereiten soll. Dieser Arbeitsgruppe, die Fragestellung und Kosten einer solchen Untersuchung klären soll, werden jeweils Vertreter der vier Verwaltungen sowie je ein Vertreter des Apenrader Instituts für Grenzregionsforschung und der PH Flensburg angehören. Oberbürgermeister Adler verwies auf eine in den Jahren 1963 bis 1966 unter der Leitung von Professor Weigand (PH Flensburg) durchgeführte Untersuchung über die

Stadtumlandverflechtung und zu den Einzugsbereichen zentraler Orte im Landesteil Schleswig. In der Arbeitsgruppe sollen folgende Fragestellungen Berücksichtigung finden:

1. Wieweit haben sich die Einzugsbereiche der Zentren in den verschiedenen Versorgungsstufen gegenüber 1965 verändert? Worauf sind diese Veränderungen zurückzuführen?
2. In welchen Teilen des Untersuchungsbereiches ist die Versorgung mit privaten und öffentlichen Leistungen gut, ausreichend oder ungenügend?
3. Welche Rolle spielt die Landesgrenze bei den Stadtlandverflechtungen? Welche Veränderungen haben sich hier in den letzten 10 Jahren ergeben?
4. Gibt es Mängel in der Versorgung mit öffentlichen und privaten Leistungen im Untersuchungsgebiet, die auf seine spezielle Situation als Grenzland zurückzuführen sind? Mit welchen Maßnahmen ließen sich solche Mängel beseitigen?

Auf der Tagesordnung standen ferner Fragen des grenzüberschreitenden Deichbaus und der Autobahn. Der Autobahnbau schreitet zügig voran und wird termingemäß auf beiden Seiten der Grenze am 15. Juli 1978 fertiggestellt sein.

„Der Nordschleswiger“

Jugendhof Knivsberg: Modell außerschulischer Bildung

Dr. Ekkehard Krüger konzipierte langfristige Entwicklung der Kulturarbeit

In einem Gespräch mit dem „Nordschleswiger“ äußerte sich Dr. Krüger, der neue Leiter des Jugendhofs Knivsberg, zu den Überlegungen, die er vor seiner Bewerbung anstellte und zu einem Konzept, das er dem Jugendverband vorlegte. Er schlägt ein Modell außerschulischer Bildungsarbeit für eine nationale Minderheit vor, das folgende Gesichtspunkte berücksichtigt: Arbeit in einer europäischen Grenzregion, Beibehaltung der besonderen Eigenart der deutschen Volksgruppe und eine Arbeit in entspanntem Verhältnis zum Herbergsstaat.

Die Vorstellungen Dr. Krügers lassen sich in drei Entwicklungsphasen verwirklichen:

Kurzfristige Entwicklung 1977–78:

Aktive Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung geeigneter Veranstaltungen des Jugendverbandes auf dem Knivsberg, wobei diese Zusammenarbeit auch nach außen erkennbar sein soll. Ausfüllung geeigneter Freiräume durch die eine oder andere Eigenveranstaltung – z. B. musische Woche im Herbst – für die im Jugendverband und der Volksgruppe geworben wird.

Ausarbeitung einer ersten Programmkonzeption für 1978 in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Gremium des Jugendverbandes.

Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Bildungsstätten nördlich und südlich der Grenze.

Einzelveranstaltungen, die über gegenwärtige kulturelle Strömungen in beiden Teilen Deutschlands informieren.

Mittelfristige Entwicklung 1979–82:

Eigenes Knivsbergprogramm, in dem erstmögliche Schwerpunkte der Knivsbergarbeit herausgebildet und erprobt werden.

Mitarbeit in Fachgremien und Fachzeitschriften, die sich mit außerschulischer Bildungsarbeit beschäftigen.

Gegen Ende dieser Periode deutsch-dänische und internationale Veranstaltungen.

Prüfung der Möglichkeiten, den Knivsberg der Intensivierung der Arbeit entsprechend personell und baulich zu vergrößern.

Langfristige Entwicklung ab 1982:

Herausbildung unverwechselbarer Schwerpunkte in einem Knivsbergprogramm, das ein Modell außerschulischer Bildungsarbeit für eine nationale Minderheit in einer europäischen Grenzregion darstellt. Kooperation mit anderen Bildungsstätten in europäischen Grenzregionen. Regelmäßige Veröffentlichungen über die Knivsbergarbeit in Fachzeitschriften, evtl. Herausgabe oder Mitarbeit an einer Zeitschrift für internationale Bildungsarbeit in Grenzregionen.

Dieser Prozeß müßte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Gremien schrittweise entworfen und verwirklicht werden. Eine Grundsatzdebatte mit interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu diesem Thema findet während einer Wochenendtagung vom 15. bis 17. April im Jugendhof statt.

Der 36jährige Dr. phil. Ekkehard Krüger konnte während seiner vierjährigen Tätigkeit als pädagogischer Mitarbeiter an der Akademie Sankelmark Erfahrungen sammeln, die ihm in seinem neuen Aufgabenbereich von Nutzen sein werden. Nach dem Abitur studierte er zunächst Archäologie, Kunstgeschichte und Geschichte und promovierte 1972 mit einer Doktorarbeit über mittelalterliche Schriften.

Danach wurde ihm jedoch bewußt, daß ihm daran läge, mehr mit Menschen als mit totem Material zu arbeiten. – Aus Lippe-Detmold kommend, fand er sich in der schleswig-holsteinischen Landschaft und mit ihrem Menschenschlag gut zurecht. Er meint zuversichtlich, daß er sich mit Frau und Sohn auch in Nordschleswig schnell zu Hause fühlen wird. Von Sankelmark her ist er mit der Eigenart der Grenzlandbevölkerung einigermaßen vertraut und nicht zuletzt hat die Chance, die kulturellen Möglichkeiten im Grenzraum positiv zu verwerten, ihn als Aufgabe gereizt und ihn zu seiner Bewerbung als Jugendhofleiter bewogen.

*

Veranstaltungen im Jugendhof Knivsberg

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Jugendverband führt der Jugendhof Knivsberg in den nächsten Monaten folgende Veranstaltungen durch:

25.-27. März: „Sich etwas einfallen lassen...“, Freizeitseminar für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen ab 6 Jahren. Es geht dabei um Malen, bildnerisches Gestalten und Musik.

15. - 17. April: „Was soll auf dem Knivsberg werden?“ Wochenendgespräch über die künftige Arbeit des Jugendhofs mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Am 16. April auch Generalversammlung des Deutschen Jugendverbandes.

13.-15. Mai: Lehrlingsfete, Wochenendtreffen ehemaliger Volks- und Realschüler, die jetzt in der Berufsausbildung stehen.

1.-3. Juni: „Dänische Demokratie – Europäische Demokratie“, eine deutsch-dänische Tagung des „Centre International de Formation Européenne, Nizza“, für die sich die Interessenten aus Nordschleswig direkt beim Jugendhof melden können.

3.-5. Juni: Tontechnik-Lehrgang, Arbeiten im Tonstudio, am Mischpult und Wiedergabetechnik.

*

An Minderheitengeschichte sehr interessiert

Daß die jungen deutschen Nordschleswiger an der Geschichte der deutschen Volksgruppe, mehr als bisher vielleicht angenommen, interessiert sind, zeigte eine Tagung, die an einem Wochenende Mitte Februar im Jugendhof Knivsberg stattfand. Veranstalter waren Peter Hopp und Immo Doege, beide Lehrer am Deutschen Gymnasium in Apenrade. Der Teilnehmerkreis setzte sich überwiegend aus Gymnasiasten zusammen, doch stand die Tagung auch für andere Interessierte offen. Die Geschichte der deutschen Minderheit vor dem zweiten Weltkrieg wurde an Hand originaler geschichtlicher Quellen beleuchtet, nicht etwa, indem man Sekundärliteratur, sei es deutsche oder dänische, zu Rate zog. Eine Auswertung der Tagung förderte die Meinung zutage, daß man derartige Veranstaltungen, die sich mit der Geschichte der Volksgruppe befassen, öfter durchführen sollte, und daß dazu verstärkt auch berufstätige Jugendliche eingeladen werden sollten.

„Der Nordschleswiger“

Alte und neue Formen deutscher Kulturarbeit in Nordschleswig und in der Region

Tagung des Bundes deutscher Nordschleswiger in der Akademie Sankelmark

So das Thema einer Tagung vom 25. bis 27. März in der Akademie Sankelmark, zu der der Bund deutscher Nordschleswiger seine an der Kulturarbeit besonders interessierten und engagierten Mitglieder gebeten hatte. In der Einladung zu dieser Tagung hieß es zu dem Programm:

„Die Folge von Vorträgen und Diskussionen stellt in ihren kulturpolitischen Überlegungen den Versuch dar, alte Formen der Gemeinschaftsarbeit in Nordschleswig und neue Zielsetzungen miteinander zu verbinden. Einerseits greifen die Referate in die Vergangenheit zurück, um nach jenen Traditionen zu fragen, die erhaltenswert sind, andererseits sollen sie zur Diskussion darüber anregen, wie man sich heute als Deutscher in Nordschleswig in der Gemeinschaft und für sie betätigen und profilieren kann. Daß dabei nationale Minderheiten auch im kommenden Europa eine besondere Rolle spielen werden, läßt ebenfalls die Konzeption dieses Programms erwarten. Es soll zugleich den Bogen von der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig zu den deutschen Grenzverbänden im Landesteil Schleswig als einer besonderen Aussageform dieser Region schlagen.“
Um es gleich vorweg zu sagen: Der Blick der Vortragenden und der Teilnehmer blieb, entgegen den ursprünglichen Intentionen, weitgehend auf Nordschleswig und das kulturelle Leben der deutschen Volksgruppe gerichtet, grenzüberschreitende Aspekte und Fragestellungen blieben – auf Grund der Zusammensetzung und des Interessenkreises der Zuhörer – weitgehend ausgeklammert. Aber auch in dieser Begrenzung war die Fülle der von den Vortragenden angeschnittenen Probleme mit ihren verschiedenen geistigen und gesellschaftlichen Aspekten schon beinahe ein Zuviel für eine solche zeitlich begrenzte Tagung. Es wurde sehr viel – was lebhaft bedauert wurde – nur angesprochen und blieb ungelöst im Raume stehen.

Den Auftakt der Tagung bildete der Vortrag von Bibliotheksdirektor i. R. Dr. Hans Peter Johannsen, Flensburg, mit der rethorisch provokanten Frage: „Sind Kulturpolitik und Kulturpflege Gegensätze?“ Wobei sich herausstellte, daß der Referent sie nicht als solche, sondern als zwei Aspekte einundderselben Sache betrachtet: Kulturarbeit einmal als Mittel persönlicher und gesellschaftlicher Selbstverwirklichung und zum andern als Selbstdarstellung nach außen, der menschlichen Umwelt gegenüber; so daß Kulturarbeit sich im einen Falle als Kulturpflege, im anderen als Kulturpolitik manifestiert.

Dieser aufs Allgemeine und Grundsätzliche hin angelegte Vortrag wurde nach der

praktischen Seite ergänzt durch das Referat von Konrektor Dieter Wernich, Tondern, über „Die Bedeutung gegenwärtiger und zukünftiger Kulturarbeit in Nordschleswig“. Der Vortragende ging davon aus, daß das politische Engagement der deutschen Volksgruppe in den letzten Jahren die Bedeutung der Kulturarbeit zwangsläufig nach außen hin hat in den Hintergrund treten lassen, was im ureigensten Interesse in Zukunft wieder anders werden müßte. Dabei verkannte er keineswegs den Zusammenhang zwischen Kultur und Politik, meinte aber, daß die Slesvigk Parti als politischer Repräsentant der Volksgruppe keine Partei im engeren Sinne sein könne, sondern ihr Schwergewicht im kulturpolitischen Engagement liegen müsse.

Die weiteren Vorträge waren Einzelgebieten der Kulturarbeit innerhalb der Volksgruppe vorbehalten. Konrektor Armin Nickelsen, Tingleff, sprach über „Möglichkeiten einer praktischen Kulturarbeit für die deutsche Jugend in Nordschleswig“, wobei in der Diskussion auf die verschiedene Bedeutung des Begriffes Kultur im Deutschen und im dänischen Verständnis hingewiesen wurde. Bibliotheksdirektor Hans Walter Petersen, Apenrade, schilderte in seinem Vortrag „Gegenwärtige und zukünftige Funktionen des deutschen Büchereiwesens in Nordschleswig“, seinen gegenwärtigen Stand und machte auf die Probleme aufmerksam, die sich für die Praxis durch die unterschiedlichen Katalogierungssysteme in Dänemark und in Schleswig-Holstein ergeben. Im übrigen sieht er sich im Wettbewerb mit dem weitausgebauten dänischen Büchereiwesens in Nordschleswig“, den gegendänischen Büchereiwesen.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen kam die Aussprache zum Vortrag von Schulrat Peter J. Sönnichsen, Apenrade, über „Die Zielsetzung und Bedeutung der deutschen Schule in Nordschleswig in Gegenwart und Zukunft“ leider zu kurz. Der Referent wies besonders auf die Wichtigkeit der Anpassung des deutschen Schulwesens an die wahrscheinliche Entwicklung der Schülerzahlen bis zum Ende der achtziger Jahre und die Notwendigkeit hin, für die Bedürfnisse der Zukunft zu erziehen, denn wer künftig die Schule besucht, wird einen wesentlichen Teil seines Lebens noch im neuen Jahrhundert verbringen.

Über den nordschleswigschen Rahmen hinaus in grenzüberschreitende Bezüge führten die für den leider verhinderten Dr. Schlegelberger die von Dr. Johannsen vorgetragene Betrachtungen über „Die deutschen Grenzverbände – Kompaßnadeln in der Region“. (Siehe S. 5-11). Wieder ganz ins Allgemeine und zugleich ins Subjektive führte der Vortrag „Minderheiten – immer aktuell“ von Oberst Harry Faulk, Glasgow/Schottland, in dem die psychologische Komponente menschlicher Gruppenbildung allgemein und von Minderheiten speziell markant herausgestellt wurden (siehe hierzu die S. 19-23, auf denen der Vortrag gekürzt wiedergegeben wird).

Ernst Beier

FUEV bemüht sich um Kontaktgremium beim EG-Parlament

Zu einer ersten Sitzung nach Inkrafttreten der neuen Satzung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen trat der Hauptvorstand der FUEV unter der Leitung seines Präsidenten, Hans Ronald Jørgensen, Flensburg, in Brüssel zusammen.

Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig war durch den Folketingsabgeordneten Jes Schmidt, Hauptvorsitzenden Gerhard Schmidt, den Vorsitzenden des Deutschen Jugendverbandes, Armin Nickelsen, sowie Generalsekretär Peter Iver Johannsen, vertreten.

Einen wesentlichen Teil der Beratungen nahm die Frage des Verhältnisses der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen zu europäischen Organen, insbesondere dem Europäischen Parlament und dem Europarat, ein. Es wurde, wie schon bei früheren Gelegenheiten, unterstrichen, daß Minderheiten und natürliche Bestandteile in der europäischen Landschaft sein werden. Die FUEV bemüht sich auf diesem Hintergrund zwecks Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder um feste Kontakte zu den europäischen Organen. Der Hauptvorstand beauftragte das Präsidium, sich weiter um die Bildung eines Kontaktgremiums zwischen der FUEV und dem Europäischen Parlament zu bemühen, wobei die Kontaktausschüsse im deutsch-dänischen Grenzraum Ausgangspunkt der Überlegungen sein können.

Der FUEV-Hauptvorstand nahm unter Beifall zur Kenntnis, daß Vizepräsident Jes Schmidt als einer der Vertreter des dänischen Parlaments Mitglied des Europarates in Straßburg geworden ist, und daß auf diese Weise eine Verbindung zwischen der FUEV und dem Europarat hergestellt ist.

Das Präsidium wurde weiterhin beauftragt, bis zum Kongreß der Union, der im September 1977 in Kärnten durchgeführt wird, eine Konzeption bezüglich der Kontakte zu europäischen Gremien zu erarbeiten. Darüber hinaus wird der Kongreß sich mit der Frage der Überarbeitung der 1967 in Apenrade verabschiedeten Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechts beschäftigen sowie einen neuen Präsidenten wählen, da die Wahlperiode des jetzigen Präsidenten, Hans Ronald Jørgensen, dann abgelaufen ist. Im weiteren Verlauf der Beratungen beschäftigten sich die Vertreter der verschiedenen Volksgruppen insbesondere mit der Frage der Öffentlichkeitsarbeit der FUEV. Es wurde beschlossen, einen Pressedienst einzurichten, der über die Volksgruppen in Europa informieren soll und vom FUEV-Generalsekretariat an interessierte Journalisten und Parlamentarier etc. verschickt werden soll. Der Pressedienst soll auch einen Ausschnittdienst von Meldungen über die Volksgruppen enthalten. Ebenfalls im Hinblick auf Öffentlichkeitsarbeit und Information wird eine europäische Völkerkarte herausgegeben, wobei das Kartenmaterial durch statistische Informationen über die Volksgruppen ergänzt wird.

Der FUEV-Hauptvorstand billigte einen Vorschlag des Präsidiums, das Archiv der FUEV künftig beim neuerrichteten Grenzregionsforschungsinstitut in Apenrade unterzubringen.

„Der Nordschleswiger“

Dreißig Jahre Schleswig-Holsteinischer Heimatbund

Es sind dreißig Jahre her, daß der Schleswig-Holsteinische Heimatbund als Dachorganisation zahlreicher Landschaftsverbände gegründet wurde. Wie in der Festgabe zum zwanzigjährigen Bestehen festgestellt wurde, muß zur eigentlichen Gründung des Bundes eine Besprechung am 3. Januar 1947 im Husumer Schloß gerechnet werden, da hier sowohl die Satzung beraten als auch die für den 25. Januar 1947 geplante Gründungsversammlung vorbereitet wurde. Man kann darum die in Husum anwesenden Männer als die Gründer des SHHB bezeichnen.

Zu ihnen gehörten der Vorsitzende des Nordfriesischen Vereins Pastor Dr. Muuß, Stedesand, Landrat Jessen, Saidt-Südtondern, Minister Thomas Andresen, Flensburg, Dr. Schriewer, Flensburg, C. A. Steensen, Struckum, Nico Nissen, Löstrup bei Flensburg, Dr. Hanno Schmidt, Flensburg, Prof. Dr. Volquart Pauls, Kiel, H. Plaas, Landesregierung, Dr. Suchan, Husum, N. Ramming, Dr. Friccius, Husum, Jens Hansen, Flensburg, Dr. Schenck, Dr. Hähnsen, Dr. Bertheau, Dr. Walter Fuglsang, Husum, Landrat A. Giencke, Langenhorn, Bankdirektor Bannier, Kreisdirektor Scheel und C. C. Christiansen, Flensburg.

In dem Schreiben vom 13. Januar 1947, das an alle Kreisverwaltungen in Schleswig-Holstein und an die Landschaftsverbände ging, wird gesagt:

„Im Laufe der letzten Monate ist von einem kleinen Kreise verantwortungsbewußter Männer der Heimat, vor allem aus dem bedrohten schleswigschen Raum, der Schleswig-Holsteinische Heimatbund geschaffen worden, und zwar zunächst als Dachorganisation aller vorhandenen bzw. wieder zu belebenden Heimatvereine.“

Die Tagesordnung zu dieser ersten Mitgliederversammlung im Prinzenpalais zu Schleswig enthielt folgende Punkte:

1. Das Kulturprogramm des SHHB: Grundsätzliches, Notwendiges, Praktisches (Ansprache durch Dr. Muuß, anschließend Aussprache) ;
2. Satzungen, entsprechend dem Entwurf vom 3. Januar;
3. Wahlen zu Vorstand und Beirat;
4. Aufruf an die schleswig-holsteinische Bevölkerung.

Der am Ende der Versammlung beschlossene Aufruf beginnt mit dem Satz: „Unsere Heimat Schleswig-Holstein ist in Gefahr“, und endet, wie die

Versammlung mit dem Bekenntnis:

„Wir wollen in Verantwortung gegen Vergangenheit und Zukunft unseres Volkes zusammenstehen und in dieser schwierigen Zeit die Ohren steifhalten und an der alten Kultur und Geschichte unseres Landes mit dem Wort „up ewig ungedeedt“ und an der plattdeutschen und friesischen Sprache festhalten.“

Zu dem gewählten Vorstand gehörten als

1. Vorsitzender Dr. Rudolf Muuß, Pastor zu Stedesand seit 1930 (von 1920 bis 1930 in Tating), als
2. Vorsitzender Prof. Dr. Volquart Pauls, Landesbibliothekar in Kiel (Sohn des Deichgrafen Pauls, Kating) und als Schriftführer Dr. Richard Schenck, Volkswirt, späterer Landesminister.

Trotz der fast ein Jahr lang ausstehenden offiziellen Arbeitsgenehmigung entwickelte der SHHB eine umfangreiche Sammlungstätigkeit. Sie geht besonders auf die unermüdliche Schaffenskraft des ersten Vorsitzenden Dr. Muuß zurück. In der Festgabe zum 20jährigen Bestehen hieß es dazu

„Rastlos war er tätig, in der Improvisation ein Meister, und darum auch der rechte Vorsitzende in dieser ersten Nachkriegszeit. Seine Werbetätigkeit in Wort und Schrift trug sehr bald Früchte... Alte Heimatvereine erwachten zu neuem Leben und traten dem SSHHB als Mitgliedsvereine bei.“

Als am 1. Juni 1947 der Verein „Die Heimat“ in Rendsburg neu entstand, hielt Pastor Dr. Muuß einen Vortrag über „Die Aufgaben der Heimatvereine“, der für den SHHB richtungweisend geblieben ist. Seitdem sind nun 30 Jahre vergangen, zu den alten Aufgaben des SHHB sind neue hinzugekommen.

Nach einer Neufassung der Satzung sieht der SHHB seine Aufgabe heute so:

„Der SHHB ist ein Zusammenschluß von Vereinigungen, die sich die Pflege deutscher Kultur, deutschen Geisteslebens und deutschen Volkstums schleswig-holsteinischer Prägung, der deutschen, besonders der niederdeutschen Sprache und des Friesischen sowie Schutz, Pflege und Gestaltung von Natur und Landschaft im Lande Schleswig-Holstein zur Aufgabe gestellt haben.

Der SHHB ist davon überzeugt, daß Heimatpflege gerade auch in unserer offenen Gesellschaft, die übernationalen Zusammenschlüssen zustrebt, erforderlich ist. Denn solche Zusammenschlüsse können nur auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung der nationalen und landsmannschaftlichen Sprach- und Kulturgemeinschaften bestehen. Deshalb sieht der SHHB den Sinn seiner Arbeit darin, mitzuhelfen, ein Heimatbewußtsein zu schaffen und zu fördern, daß eine Synthese zwischen dem Vergangenen, dem Gegenwärtigen und dem Zukünftigen darstellt.

Eine besondere Aufgabe des SHHB ist es, die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig darin zu unterstützen, sich als deutsche Minderheit zu behaupten,

und die Verbindung zwischen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung und der deutschen Volksgruppe zu stärken und zu pflegen.“

Was den Gründern in etwa als Zielsetzung für die Arbeit des SHHB vorschwebte, ist in wesentlichen Teilen erreicht worden.

„Flensburger Tageblatt“

DIE DEUTSCHE VOLKSGRUPPE IN NORDSCHLESWIG

In einer fünfzigjährigen Entwicklung hat die deutsche Volksgruppe laufend ihre Zielsetzung und Aufgabenstellung neu überdenken und der Zeitentwicklung anpassen müssen. Die Zielsetzung der deutschen Volksgruppe heute und in den kommenden Jahren läßt sich durch die Begriffe Identität und Integration charakterisieren. Die deutsche Volksgruppe ist als eine dem deutschen Sprach- und Kulturkreis verbundene Gruppe einerseits darum bemüht, ihre nationalen geistigen, kulturellen und historischen Werte zu erhalten, ohne sich jedoch dabei zu isolieren, andererseits wirkt sie loyal und verantwortungsbewußt an den staatsbürgerlichen Aufgaben im dänischen Staat mit, d. h. sie befürwortet die Integration in den dänischen Staat bei Wahrung ihrer deutschen Identität.

Die deutsche Volksgruppe sieht darin eine grenzüberschreitende Zielsetzung im Einklang mit der von ihr befürworteten europäischen Integration. In dieser Zielsetzung sieht die deutsche Volksgruppe sich getragen von ihrem Volk und respektiert von ihrem Staat.

Aus dem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1976